

Bezugspreis: Für den Monat November 400.- M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Elzasgebiet sowie Österreich und Ungarn 550.- M. für das übrige Ausland 600.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 21. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 4

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile kostet 120.- M. ...

Geschäftsministerium Cuno.

WTB. meldet 10 Uhr abends: Der Reichspräsident hat den Generaldirektor Dr. Cuno erneut mit der Bildung des Reichsabinetts beauftragt. Dr. Cuno hat den Auftrag angenommen: Er beabsichtigt ein Geschäftsministerium zu bilden und hofft, morgen diese Aufgabe zu Ende zu führen.

Am Donnerstag nach Bußtag soll nach der Ankündigung des Präsidenten Löbe der Reichstag eine „Erklärung der Reichsregierung“ zur Kenntnis nehmen. Als diese Ankündigung erfolgte, wurde im Reichstag allgemein erzählt, daß eine Regierung der Arbeitsgemeinschaft so gut wie fertig sei. Es wurde eine Liste verbreitet, die fast ausschließlich Namen von Volksparteilern, Zentrumslenten und Demokraten enthielt.

Wäre dies der Fall, so bliebe der brennende Wunsch der äußersten Rechten, die bürgerlichen Parteien sollten ein Ministerium gegen die Sozialdemokratie bilden, zunächst unerfüllt. Denn ein wirkliches „Geschäftsministerium“ dürfte ebenso wenig wie einen sozialdemokratischen einen bürgerlich-arbeitsgemeinschaftlichen Charakter tragen, es müßte gleichsam einen Vorhof bilden, von dem aus zu allen Parteien offene Türen führen. Ein solches Ding ist aber leichter gedacht als ausgeführt.

Der Name „Geschäftsministerium“ hat schon zu dem bösen Scherz Anlaß gegeben, erst sei beabsichtigt, ein Ministerium der Arbeit zu bilden, jetzt aber sei schon ein Ministerium der Geschäfte daraus geworden. Wir möchten die Bezeichnung der neuen Regierung, bevor wir ihre Männer und ihr Programm kennen, nicht so bösarig deuten. Auf der andern Seite erinnert der Ausdruck stark an die konstitutionelle Redewendung, daß die in Demission befindliche Regierung „mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden sei“.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern nach dreistündiger Debatte mit sehr großer Mehrheit das bisherige Verhalten ihrer Unterhändler gebilligt. Damit ist gesagt, daß die Fraktion nach wie vor es ablehnt, mit Vertretern der Volkspartei am Regierungstisch zu sitzen, und daß sie es nicht in das freie Ermessen ihrer Mitglieder stellt, sich an einer Regierung, die von Herrn Cuno aus „freier Hand“ gebildet wird, zu beteiligen.

Die Dresdener Tumulte.

Nach der Telunion verbreitet die sächsische Regierung folgende Darstellung der Dresdener Vorgänge: Die im Anschluß an eine Demonstration von den Erwerbslosen, Kriegsoffizern und Arbeitsinvaliden am Sonnabend erfolgten Plünderungen und sonstigen Ausschreitungen sind, wie die vorläufigen Feststellungen ergeben haben, systematisch von verantwortungslosen Elementen vorbereitet worden. Bereits in den am 7. und 16. November veranstalteten Versammlungen dieser Korporationen wurde in gar nicht mißzuverstehender Weise zur Selbsthilfe aufgefordert und eine Hungerdemonstration für Sonnabend angekündigt.

Das Zentrum hat sich in seiner Fraktionsitzung am gestrigen Abend dahin entschieden, daß bei der Regierungsneubildung keine Koalition bestehe, daß es also parteimäßig in dieser Frage nicht gebunden sei, sondern freie Hand behalte.

Man rechnet damit, daß der Arbeitsminister Dr. Brauns, der Reichsfinanzminister Dr. Hermes und der Reichswehrminister Dr. Gehler dem Geschäftsministerium angehören werden. Für das Auswärtige wird ein Diplomat gesucht, alles weitere ist noch in der Schwebe.

Auch von einer Reichstagsauflösung, die eine Lösung der verworrenen Situation bringen könnte, wurde gestern viel gesprochen, doch liegen bis jetzt bestimmte Absichten in dieser Richtung nicht vor.

Die oben erwähnte Ministerliste wird von der „Express-Korrespondenz“ folgendermaßen wiedergegeben:

- Reichskanzlei: Geheimrat Cuno, Staatssekretär der Reichskanzlei: Dr. Hamm (Demokrat), Leuzhères: voraussichtlich der Reichskämmerer in London Sthamer, Inneres: v. Kardorf (Deutsche Volkspartei), Reichswirtschaftsministerium: angeblich der Generaldirektor der Deutschen Werke Henrich, Arbeitsministerium: Dr. Brauns (Zentrum), Reichsfinanzministerium: Dr. Hermes (Zentrum), Reichsjustizministerium: v. Raumer (Deutsche Volkspartei), Reichswehrministerium: Dr. Gehler (Demokrat), Reichspostministerium: Dr. Heinke (Deutsche Volkspartei), Eisenbahnministerium: voraussichtlich Gröner, Reichspostministerium: voraussichtlich der Bayerische Staatssekretär Stengel.

Das wäre, wie man sieht, kein „Geschäftsministerium“, sondern eine parlamentarische Regierung der Arbeitsgemeinschaft.

„Temps“ gegen eine Bürgerblockregierung.

Paris, 20. November. (EP.) Der „Temps“ nimmt heute zur deutschen Regierungskrise Stellung und drückt sein Befremden gegen ein Kabinett aus, das mit Ausschluß der Sozialdemokraten, also gegen die Sozialdemokratie gebildet würde. Um eine Mehrheit zu bekommen, wäre ein solches Kabinett gezwungen, sich auf die Monarchisten zu stützen, deren Gesandener es bald sein würde. Die deutschen Monarchisten wollen aber, erklärt der „Temps“, eine Militärdiktatur, wie die Faschisten, herbeiführen. Der Bestand des Versailles Vertrages werde durch eine solche Wendung der Dinge ernstlich gefährdet. Eine Regierung der Großindustrie würde außerdem auch darauf hinarbeiten, die deutsche Produktion und den deutschen Außenhandel zu heben, was wiederum nicht im Interesse Englands und Amerikas liege.

Kündigung des Ueberschichtenabkommens?

Wie die VPR. hören, treten heute, Dienstag, die Vorstände der vier Vergarbeiterverbände zusammen. Angefaßt verschiedener Vorgänge im Wirtschafts- und politischen Leben, namentlich der letzten Tage, ist die Mißstimmung unter den Vergarbeitern so gestiegen, daß mit der sofortigen Kündigung des Ueberschichtenabkommens gerechnet werden muß.

an der Dresdener Demonstration teilnehmen werden. Reifgelehrte seien beschafft worden, Dresden werde die Augen aufmachen und staunen, was am Sonnabend losgehen werde.

Das Polizeipräsidentium hatte deshalb die Verantwortlichen auf das Bedenkliche ihres Tuns energisch hingewiesen und sie verpflichtet, für Ruhe und Ordnung bei der Demonstration mitzusehen zu sein. Sie hatten diese Verpflichtung auch anerkannt, auch dem Ministerpräsidenten gegenüber, den sie am Freitag infolge dienstlicher Abwesenheit des Arbeitsministers aufgesucht hatten. Trotz ihres Versprechens haben einige der Verantwortlichen den etwa 800-1000 Demonstranten am Rathaus in aufreizenden Reden eingepreßt, daß das Gebot der Stunde Selbsthilfe heiße und daß den „Herrschaften“ endlich gezeigt werden müsse, daß die Massen lange genug geduldet hätten. Wiederholt sind Polizeibeamte von Ruhestörern geschlagen worden. Sie haben jedoch mit der blanken Waffe nur dort geantwortet, wo man in bedrohlicher Weise tätlich gegen sie vorging oder wo Verhaftete gewaltsam befreit werden sollten. In ähnlichen Fällen hat auch der Gummiknüppel einige Male angewendet werden müssen. Das Ergebnis der vorläufigen Untersuchung deutet darauf hin, daß es sich bei diesen Kundgebungen offenbar neben einer gewiß nicht unberechtigten Demonstration schwerer tollender Menschen auch um Bestrebungen gewissenloser Leute handelt, die die Not der Erwerbslosen auszunutzen, um Parteiziele und andere Gewalttätigkeiten zu veranlassen.

Diese bedauerlichen Zusammenstöße geben der „Roten Fahne“ die gewünschte Veranlassung, über die „sozialistische Regierung“ heranzuziehen. Die VPR. gebraucht offensichtlich dieses „Blutbad“, um sich vor verantwortlicher Regierungsarbeit zu drücken.

Steigerung der Produktion.

Von E. Kuffhäuser.

Das kapitalistische Unternehmertum hat in den letzten Monaten seine Machtpositionen in der Wirtschaft wiederum außerordentlich gefestigt. Diese Entwicklung hat die Notlage der beschaffungslos vertriebenen weiterhin vermehrt und die Klassengegensätze verschärft. Es ist nicht überraschend, wenn die besitzende Klasse in Deutschland nun den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um auch politisch in der Regierungsbildung das Spiegelbild der heutigen ökonomischen Machtverhältnisse in Deutschland zu geben. Dieses Streben nach politischer Macht äußert sich nicht nur in dem beharrlichen Verlangen nach dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in das Kabinett, sondern ebenso sehr in der Beeinflussung des Wirtschaftsprogramms, das für die künftige Regierung richtunggebend sein soll.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei hat rechtzeitig den Weg gewiesen, um durch eine aktive Währungs- und Geldentwertungspolitik der rasenden Teuerung und Geldentwertung Einhalt zu gebieten. Sie ist unter Zustimmung der Finanzfachverständigen des In- und Auslandes zu der Feststellung gelangt, daß die Stabilisierung der Mark als erste und dringlichste Aufgabe in Angriff genommen werden muß, denn nur eine aktive Währung kann uns wieder einen festen Boden unter den Füßen geben, von dem aus weitergebaut und für die höheren Ziele des Sozialismus weitergekämpft werden kann.

Dieses Währungsprogramm paßt indes nicht in die neuere Entwicklung der kapitalistischen Kräfte in Deutschland. Für sie handelt es sich nicht um die Sanierung der Volkswirtschaft, sondern um die Restaurierung des kapitalistischen Systems. Die Ruhnießer der Inflation setzten sich deshalb sofort zur Wehr, als sie mit Recht fürchten mußten, daß ihren bisher mühelos errungenen und maßlos ansteigenden Salutsgegewinnen ein Damm gesetzt werden sollte. Die organisierte Devisenspekulation in Industrie, Handel und Bankgewerbe erklärte entgegen aller besseren volkswirtschaftlichen Erkenntnis, daß die Not in Deutschland die Folge einer Produktionskrise sei, und dem Währungszerfall nur wirksam begegnet werden könnte, wenn zuerst die Steigerung der Produktion durch eine Verlängerung der Arbeitszeit gewährleistet würde. Dank der über ganz Deutschland verbreiteten Sinnes-Presse hat die öffentliche Diskussion eine entsprechende Wendung angenommen. Das sozialdemokratische Währungsprogramm wird systematisch in den Hintergrund, der Achtstundentag in den Mittelpunkt der Erörterung gestellt. Diese Taktik der bürgerlichen Parteien darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir eine Währungs- und Produktionskatastrophe haben, die nicht von der Produktionsseite herrührt, also auch bei gesteigerter Produktion ohne vorausgehende Stabilisierung der Mark nicht gelöst werden kann. Wie soll der Arbeiter bei aller Anstrengung zur höchsten Auswirkung seiner Arbeitsleistung gelangen können, wenn er bei weiter anhaltender Währungszerfallung in eine ständige Unruhe veretzt wird. Er weiß heute nicht, welchen Kaufwert sein Lohn morgen noch haben wird. Der höchste Grad der Arbeitsintensität, der keineswegs gleichbedeutend ist mit verlängerter Arbeitszeit, wird unerreichbar sein, solange die feste Währungsgrundlage fehlt. Darum muß aus dem ureigensten Lebensinteresse des deutschen Volkes heraus daran festgehalten werden, daß unverzüglich — d. h. bevor es zu spät ist — die von der gesamten Sozialdemokratie vorge schlagenen Währungsmaßnahmen Gesetzkraft bekommen. Wir haben als Sozialdemokraten aber auch keinen Anlaß, im Hinblick auf diese dringliche Tagesaufgabe einer Währungsstabilisierung etwa einer Stellungnahme zur Frage „Steigerung der Produktion“ aus dem Wege zu gehen. Es darf wieder einmal daran erinnert werden, daß jeder Schritt zur Vergesellschaftung der Arbeit und damit zum Sozialismus die Produktivität der Arbeit gegenüber dem heutigen Zustand gewaltig steigert. Die sozialistische Produktion schließt einen derart hohen Grad von Produktivität in sich, daß sie nicht nur die Befriedigung des heute als lebensnotwendig anerkannten Mindestbedarfs, sondern weit darüber hinaus die heute vielfach noch als „übersflüssig“ geltenden Kulturbedürfnisse aller Menschen reichlich zu befriedigen vermöchte. Die organisierte Arbeiterklasse müßte also geradezu sich selbst bekämpfen, wollte sie nicht alle Kraft aufbieten, um schon heute auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft den denkbar höchsten Wirkungsgrad der menschlichen Arbeitsleistung durch rationelle Ausgestaltung der Produktion zu erreichen.

Die Vermehrung der Produktion und der deutschen Ausfuhr wird indes nicht erreicht, indem man die „Steigerung der Produktion“ zum leeren Schlagwort herabwürdigt, statt ihre konkreten Voraussetzungen festzustellen. Bisher waren aber alle amtlichen Formulierungen vage gehalten und die kapitalistische Presse mußte nur von der notwendigen Verlängerung der Arbeitszeit zu schreiben.

Die erste deutsche Note vom 4. November d. J. erklärt die Enschlossenheit der Reichsregierung, „eine Besserung der Handels- und Zahlungsbilanz durch wirtschaft-

liche Maßnahmen, insbesondere durch Steigerung der Produktion herbeizuführen.

Die zweite Note vom 13. November d. J. befiehlt: Deutschland wird alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen. Zu diesem Zweck wird insbesondere eine Neuregelung des Arbeitszeitrechtes unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem und behördlichem Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet.

Nach dem ersten Gutachten der ausländischen Finanzfachverständigen hängt der Erfolg der Stabilisierung ab „von der Gestaltung der Produktionsverhältnisse und des Staatshaushaltes in Deutschland“.

Im Gutachten von Bissinger, Dubois und Kamenta heißt es:

Um die Handelsbilanz aktiv zu gestalten, muß vor allem eine Vermehrung der Produktion herbeigeführt werden, sowohl durch Verbesserung der Arbeitsmethoden, als durch Erhöhung der Arbeitsintensität und gegebenenfalls durch eine Verlängerung der Arbeitszeit.

Während in diesen Gutachten immer wieder die Stabilisierung als der erste notwendige Schritt gekennzeichnet wird, sieht Stinnes, der Vorsitzende der Schwerindustrie, auf dem Standpunkt, „daß die Voraussetzung des Lebens in Deutschland ganz große Ueberarbeit ist“ und „daß das deutsche Volk eine Reihe von Jahren, zehn, fünfzehn Jahre sicherlich, zwei Stunden pro Tag wird mehr arbeiten müssen“.

Ohne nochmals in eine kritische Würdigung dieser schon mehrfach besprochenen Äußerungen einzutreten, darf gesagt werden, daß bei der Auslegung des Schlagwortes „Steigerung der Produktion“ wieder einmal der verflochtene Reichskanzler Michaelis seinen Leitsatz verwirklicht sehen könnte: „wie ich sie auffasse“.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei hat deshalb gut daran getan, jenem vagen Begriff der gesteigerten Produktivität einen festen und klaren Inhalt zu geben. Sie verkennt nicht, daß in einem Teil der Betriebe die Arbeitsintensität noch nicht den in der Vorkriegszeit festgestellten Wirkungsgrad erreicht hat, wenngleich im allgemeinen die Arbeitsleistungen der letzten Jahre den Vorkriegsleistungen gleichkommen oder sie sogar nachweislich erheblich überschritten haben. Die vorgenommenen Arbeitsmessungen zeigen aber, daß in vielen Betrieben technische Mängel den Hemmschuh einer gesteigerten Produktion bilden. Die deutschen Unternehmer, die vor dem Kriege nur konkurrenzfähig bleiben konnten, wenn sie aus ihren Produktionsgewinnen erhebliche Geldmittel zur Verbesserung ihrer technischen Betriebseinrichtungen aufwenden bereit waren, halten in den letzten Jahren ihre Gewinne kramphast fest, weil ihnen die Entwertung der Mark, die dadurch bedingten niedrigen Löhne und billigen Preise deutscher Waren bisher den Absatz im Ausland gesichert haben, ohne daß immer Qualitätsware geliefert zu werden brauchte. Es grenzt deshalb an Heuchelei, in diesem Augenblick von den Arbeitern das unerträgliche Opfer einer längeren Arbeitszeit zu fordern, während das Unternehmertum selbst es ablehnt, auch nur ein bescheidenes Opfer zu bringen und von seinen riesenhaften Verlustgewinnen die nötigen Mittel für die technische Vervollkommnung der Produktionsmittel abzugeben. Die von ihm so stürmisch verlangte Verlängerung der Arbeitszeit bedeutet also lediglich eine Steigerung der privaten Produktionsgewinne, nicht aber die „Steigerung der Produktion“.

In Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften lehnt deshalb auch die Sozialdemokratie eine Verlängerung des gesetzlichen Achtstundentages entschieden ab. Es ist dabei selbstverständlich, daß die Arbeitnehmer die Gesetze der Menschlichkeit zu achten gewillt sind. Im Arbeitszeitgesetz werden diejenigen Ausnahmen vom Achtstundentag zugelassen sein, die durch

Notfälle und sonstige Fälle höherer Gewalt bedingt werden. Es geht aber nicht an, etwa durch eine generelle Leistung von Ueberarbeit den gesetzlichen Achtstundentag zur Farce zu machen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen die Verfügungsgewalt über die eigene Arbeitskraft in ihrer Hand behalten. Bei dem Verlangen von Ueberstunden muß es ihrer Entscheidung vorbehalten bleiben, die Bedürfnisfrage selbst zu entscheiden. Die Leistung von Ueberstunden kann darum nur von Fall zu Fall, zeitlich begrenzt und nur durch kollektive Vereinbarung mit den zuständigen Gewerkschaften erfolgen.

Die Sozialdemokratie hat sich unmittelbar nach ihrer Gründung mit ihrem Währungsprogramm der Lebensfrage des deutschen Volkes zugewandt und sich damit als die wirkliche Volkspartei erwiesen. Sie ist auch entschlossen, an seiner Bewirkung tatkräftig mitzuwirken. Die Verantwortung für ein weiteres „Treiben-Lassen“ des wirtschaftlichen Zerfalls kann ihr aber nicht zugemutet werden.

Vierbund für den Achtstundentag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Frage der Produktionsförderung und des Achtstundentages nach eingehender Beratung und in Uebereinstimmung mit dem ADB., der KfA und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund folgenden Beschluß gefaßt:

Ohne eine aktive Währungspolitik, die der weiteren Geldentwertung und Teuerung Einhalt gebietet, ist der gegenwärtigen Notlage des deutschen Volkes nicht zu steuern. Die Stabilisierung der Mark ist die dringlichste und erste Aufgabe einer Politik, deren Ziel die Behebung dieser Notlage ist. Der Versuch, durch Verlängerung der Arbeitszeit unter Zurückstellung der Stabilisierung der Mark eine Produktionssteigerung herbeizuführen, muß abgelehnt werden. Jede Produktionssteigerung ist bei fortbestehender Währungszerrüttung gehemmt. Denn solange der Verdienst der Arbeiter durch den Währungsverfall von Woche zu Woche geschmälert wird, bleibt bei der Arbeiterklasse ein fortdauerndes Gefühl stärkster Beunruhigung, so daß sie nicht zu der sonst möglichen Steigerung der Intensität ihrer Arbeit gelangen kann.

Unter grundsätzlicher Betonung dieses Standpunktes hält die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands noch wie vor an dem alten sozialistischen Grundsatz fest, daß die Arbeiterklasse alles Interesse an einer wirksamen rationalen Ausgestaltung und Vermehrung der Produktion hat.

Die bisher vorgenommenen Untersuchungen über die Steigerung der Arbeitsleistung haben erwiesen, daß trotz der Ungunst der Verhältnisse in einem Teil der Industrie die Arbeitsleistung der Vorkriegszeit wieder erreicht, in einem anderen Teil bereits erheblich überschritten ist. Sie haben aber auch weiter ergeben, daß in jenen Betrieben, in denen der frühere Wirkungsgrad noch nicht wieder erreicht ist, Mängel technischer Art die Hauptursache waren.

Während die deutschen Unternehmen in der Vorkriegszeit zur Erhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt genötigt waren, einen wesentlichen Teil der erzielten Produktionsgewinne zur freien technischen Vervollkommnung ihrer Produktionsmittel und organisatorischen Ausgestaltung ihrer Betriebe abzugeben, erhebt die fortgesetzte Geldentwertung durch Ausschaltung der Konkurrenz und durch monopolistische Preisgestaltung die Produzenten heute von dem Zwange, in gleichem Maße wie früher ihre Aufmerksamkeit auf ihre Mittel dem technischen Ausbau der Betriebe zuzuwenden. Dazu kommt die erhebliche Verschlechterung des Verhältnisses der produktiven zu den unproduktiven Leistungen der Volkswirtschaft, insbesondere durch übermäßige Ausdehnung des Zwischenhandels, der Spekulation und übermäßige Verwaltungsarbeiten und -kosten.

Mit aller Entschiedenheit lehnt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands jede Verlängerung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit ab. Gesetzliche Ausnahmen können

nur in den Fällen höherer Gewalt zugelassen werden. Sonst kann die Leistung von Ueberstunden nur von Fall zu Fall, zeitlich begrenzt und nur durch kollektive Vereinbarung mit den zuständigen Gewerkschaften erfolgen.

Da Produktionsprozeß und Staatsverwaltung innere Zusammenhänge aufweisen, kann auch für die Steigerung der Arbeitsintensität in den Staatsbetrieben nur die grundsätzliche Anwendung vorstehender Richtlinien in Frage kommen.

Eine wirkliche Gesundung der Wirtschaft erfordert die Anerkennung des Grundsatzes, daß die Gesamtinteressen den Einzelinteressen voranzugehen haben und daß die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Faktoren der Wirtschaft anerkannt werden.

Dieser Beschluß kommt zur rechten Zeit. Partei, Arbeiter, Angestellte und Beamte treten durch ihn als ein Vierbund zum Schutz des Achtstundentages in Erscheinung. Mit diesem Vierbund wird auch jede künftige bürgerliche Reichsregierung rechnen müssen.

Die Zusammensetzung des Reichstags.

Infolge der Wahlen in Oberschlesien geht die Zahl der Reichstagsmitglieder von bisher 489 auf 459 zurück. Diese verteilen sich auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Vereinigte Sozialdemokratie 173, Zentrum 68, Deutschnationale Volkspartei 67, Deutsche Volkspartei 66, Deutsche demokratische Partei 39, Bayerische Volkspartei 20, Kommunisten 15, Bayerischer Bauernbund 4, Deutschösterreichische Gruppe 3, Deutschhannoversche Landespartei 2. Zu keiner Partei gehörig 2 (Schubert und Wegmann), zusammen 459.

Die Badener Gemeindevahlen.

Geringe Beteiligung.

Karlsruhe, 20. November. (Zl.) Nach dem Ergebnis der gestrigen Gemeindevahlen haben in Karlsruhe die Vereinigte Sozialdemokratische Partei einen Stimmengewinn von 900, das Zentrum einen solchen von 800 und die Deutschnationalen einen solchen von 1500 Stimmen zu verzeichnen. Die Demokraten haben 5400 Stimmen verloren, die der Deutschen Volkspartei zugefallen sind. Aus den Restdaten der größeren badischen Städte ist folgendes hervorzuhellen: In Mannheim erhielten die Deutsche Volkspartei 12, das Zentrum 13, die Sozialdemokraten 28, die Deutschnationalen 4, die Kommunisten 9, die Demokraten 8 Sitze. Die Mittelstandsvereinigung erhielt 4 und der Mittelstandsbund 1 Sitz. In Heidelberg stießen der Sozialdemokratie 21, den Kommunisten 9, den Demokraten 12, den vereinigten bürgerlichen Gruppen 16, der Deutschen Volkspartei 12 und dem Zentrum 14 Sitze zu. In Pforzheim erhielten die Sozialdemokraten 30, die Kommunisten 6, die Mittelstandsvereinigung 13 und die vereinigten bürgerlichen Parteien 35 Sitze. In Karlsruhe erhielten die Sozialdemokraten 26, die Kommunisten 5, das Zentrum 19, die Deutsche Volkspartei 9, die politisch und religiös Neutralen 1, die Wirtschaftliche Vereinigung 5, die Demokraten 10 und die Deutschnationale Volkspartei 9 Sitze. In Freiburg erhielten das Zentrum 32, die Sozialdemokraten 19, die Haus- und Grundbesitzer 10, die Deutschnationalen 8, die Demokraten 6, die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten 3 Sitze. In Konstanz stießen dem Zentrum 33, den Sozialdemokraten 16, der Mittelstandsvereinigung 11, der Demokratischen Partei 10, den Kommunisten 7 und den vereinigten Rechtsparteien 7 Sitze zu.

Charakteristisch für die badischen Gemeindevahlen, die den Bestehenden der Parteien nicht wesentlich verändern, ist ebenso wie in Hessen die geringe Beteiligung. Sie trifft zwar alle Parteien, hat aber z. B. in Mannheim zum Verlust der sozialistischen Mehrheit geführt. Die Deutschnationalen haben einigen Zuwachs, die Demokraten fast überall Verluste an die Deutsche Volkspartei zu verzeichnen, während das Zentrum, wie stets, seine Sitze behauptet. Das Ergebnis der Wahlen zeigt, daß auf dem Gebiete der Gemeindepolitik für den Sozialismus noch viel zu tun bleibt. Der Verlust von Mannheim bei noch nicht 50 Proz. Wahlbeteiligung ist eine Scharie, die baldmöglichst ausgewetzt werden muß.

Gedämpfte Revolutionen.

Von Hans Klabaubermann.

Die nach modernen Gesichtspunkten arrangierten Revolutionen entstehen der Hingabe, die man früher anzuwenden beliebte. Eine der gedämpften Revolutionen, die die Geschichte zu verzeichnen hat, stellt die Faschistenrevolution in Italien dar, deren erster Geschäftsführer Mussolini ist. Diese Revolution hat dem lebenswichtigen Gegenstand des italienischen Königs ihren Erfolg zu verdanken. Mussolini wollte sich dem König vorstellen, dessen Einverständnis zur Revolution er haben mußte. Aber alle seine Versuche, bei seinen Gesinnungsgenossen zu diesem Zweck Bratenrod und Zylinder zu entleeren, schlugen fehl. Sie hatten alle nur Hemden, die noch dazu bereits schwarz waren. Die Revolution drohte zusammenzubrechen, da sollte er sich endlich ein Herz fassen, wie er ging und stand, zum König und sprach: „Ich bitte um Verzeihung, Majestät, wenn ich mich in schwarzer Biene vorstelle.“ Das war die erste offizielle Kundgebung des Faschistenführers; der Revolutionshistoriker wird sich die denkwürdigen Worte merken müssen. Glücklicherweise nahm der König an der Aufmachung Mussolinis keinen Anstoß — ein Zeichen hoher sittlicher Würde —, und so konnte der Umsturz seinen Fortgang nehmen. Hier sieht man wieder, welche wichtige Rolle im Weltgeschehen der monarchische Gedanke spielt. Hätte der König, entgegen den Regeln der Etikette folgend, Mussolini hinausgeworfen, so stände es heute laut um den Faschismus, und die Kulturgeschichte wäre um eine Taut ärmer. Anfangs hatte der König übrigens die ewigen Quengelleien der Faschisten mit Vertrauen beobachtet. Als ihm aber nach dem Gelingen der Revolution der Vizepräsident der Faschisten, de Vecchi, versicherte, daß der Faschismus die Monarchie respektieren werde, da fiel ihm ein Stein vom Herzen, und er umarmte Herrn de Vecchi sehr bewegt. Denn mit dieser Zusicherung schien ihm das Volkswohl am besten gewährleistet, worauf es bekanntlich einem König stets allein ankommt. Was den Kulturfortschritt anbetrifft, den der König durch die Genehmigung der Revolution angebahnt hat, so haben die Faschisten bereits zwei hervorragende Leistungen aufzuweisen. Dem nationalen Faschisten Abgeordneten Misuri gebührt das Verdienst, die Richtung herausgefunden zu haben, der die Zukunft gehört. „Es handelt sich jetzt“, so lautete sein erlösendes Wort, „um die Erhebung des nationalen Geistes, der seiner imperialistischen Bestimmung zustrébe.“ Diese Behre aus dem durchschlagenden Erfolg des Imperialismus zu ziehen, dem ja auch der für alle Teilnehmer überaus wohlthätige Weltkrieg zu verdanken ist, hatte die Menschheit bisher vergessen. Die zweite große Leistung des Faschismus ist in der Programmrede Mussolinis ausgesprochen. Unter seiner Regierung habe das Brotetariat nichts zu befürchten, sondern alles zu gewinnen, sagte er, und schaffte darauf den Achtstundentag ab.

Dieser neuen sich allmählich bahnbrechenden Richtung gab in England, wo ebenfalls eine Regierungsumbildung stattgefunden hat, der Premierminister Bonar Law eine andere, originelle Fassung. In seiner ersten öffentlichen Rede wandte er sich gegen die von Lloyd George geübte Gepflogenheit, jede große Frage in Angriff zu nehmen. Der Wechsel, den er beabsichtige, werde darin bestehen: Er wolle nur die Aufsicht führen, die Arbeit aber den anderen überlassen.

Auch in Deutschland gewinnt das Bestreben, nur die Aufsicht zu führen, in den bürgerlichen Kreisen immer mehr Anhänger. Diese famose Idee, des Volk zu beglücken, segelt hier unter dem Schlagwort „Befreiung des Achtstundentages“, was für eine Republik immerhin bemerkenswert ist. Sehen wir daher zu, was sich sonst noch Republikanismus in der letzten Zeit ereignet hat! Wir hatten einen Gottesdienst und einen Fischenbach-Prozeß. Fischenbach war bekanntlich früher Eisners Sekretär. Nach Eisners Ermordung hat er es verabsäumt, sich den Mördern ebenfalls zur Verfügung zu stellen. Unter diesen Umständen darf es nicht wundernehmen, wenn er sich in Bayern keiner Sympathien erfreut und die Mehrheit des Landtages, die Demokraten einbegriffen, das ZuchtHausurteil für ganz gerecht hält. Der Ausschuh der Berliner Studentenenschaft hat die offizielle Beteiligung an der Gerhart-Hauptmann-Feier in der Universität mit Mehrheit abgelehnt. Hauptmann habe, das war die Ansicht der Studentenchaft, durch sein politisches Hervortreten das Vertrauen weiter Volkstreife verloren und könne als Republikaner nicht mehr für einen charaktervollen Deutschen gelten. Aus dem rücksichtslosen Verständnis, das wir einem solchen Geist liebevoll entgegenbringen, geht hervor, daß es nicht nur gedämpfte Revolutionen, sondern auch gedämpfte Republiken gibt.

Kleines Theater: „Die Unmoralischen“. Gotthard Schmidt, der schon immer zwischen Schwank und Komödie hin- und herlavierte, kann sich auch in diesem seinem neuen, unter Georg Altman's Regie ausgeführten Lustspiel „Die Unmoralischen“ nicht so recht zu einem ernsthaften Komödienstil entschließen; wenigstens nicht in dem, was das „Kleine Theater“ vorsehe. Wie in der „Venus mit dem Papagei“ greift er auch diesmal in die Zeit hinein. Aber seine Satire ist heute wesentlich zäher. Die „Unmoralischen“ als die Unmoralischen und die Unmoralischen als die Gefunden und Lebenssträgigen aufzuweisen; das ist gerade keine neue Idee, auch wenn ein Konfistorialrat einem berühmten gewordenen Anstößnehmer nachgebildet wird. Aber die Meinungen Schmidts vom Leben und Tierchen im Menschen sind ansfändig, und diese Schwankfiguren haben hin und wieder Momente, in denen so etwas wie eine menschliche Atmosphäre um sie schwingt. Sind das auch nur Augenblicke, die nicht ausfüllen können, weil der Schwankmacher andere Wirkungen heraus schlagen will, so genügen diese Blicklichterchen zusammen mit der heiter-lauberen Stimmung doch, um das Lustspielchen bei aller seiner Heiterkeit als liebenswert erscheinen zu lassen. Zu diesem Eindruck tragen in erster Linie der „Charme“ Erich Kaiser-Tih als aufgefärrter Vater und die schätzte jungfräuliche Mutter Carola Zelle bei, während Falkenstein als brunnender Konfistorialrat seine guten Humore spielen ließ und Olga Pimburg das Hürchen, das den Konfistorialratssohn ehelicht, mit Witz machte. Im Reigen der französischen Poesien eine kleine Erholung. D. E. S.

Zweites Festkonzert des Bezirksbildungsausschusses (Kammermusik Beethoven-Schubert). Das berühmte Septett Beethovens (für Geige, Bräusche, Cello, Bass, Klarinette, Fagott und Horn, Co-Dur, 20. Werk), einer Kaiserin Maria Theresia von Kommunisten gewidmet, bewies seine Jahrhunderte überdauernde, zeit- und raumlose, in allen Menschenherzen und -ohren klingende

Schönheit wieder am letzten Sonntag, vor kunst- und musiklebender Arbeiterchaft gespielt. Und wie der musikalisch herb-züchtete Beethoven, so auch der zart-melancholische Schubert: Oktett (für zwei Geigen, Bräusche, Cello, Bass, Klarinette, Fagott und Horn, F-Dur, 166. Werk), des großen Beethovens groß-kleiner Zeitgenosse. — Die Ausführung dieser wohl bedeutendsten Kammermusik lag in den Händen der Kammermusik-Vereinigung der Staatsober. Mit hingebender Liebe, tiefstem Einfühlen und in bester Technik brachten die Künstler diese beiden Werke zu Gehör; eine Wirkung auf die Zuhörer erzielend, die in feierlicher Stimmung ihren inneren und in stets wiederholtem Beifallsdank ihren äußeren Ausdruck fand. — Gesamteindruck: beste Kunst in jeder Form, die da vergessen mag die Zeitläufte Widerlichkeiten, die uns erträumen läßt Poessie verflungener und erhoffen läßt den arbeitsfreudigen Rhythmus einer freien, einer froh-genießenden Zeit, das alles im allerbesten Sinne der Worte.

Maria Komarowa, die berühmte russische Volkslieder-Sängerin, sang im Brüder-Vereinshaus vor einem recht kleinen Publikum. Warum ihre Volksleute nicht das Haus stürmten, begreift man nicht, wenn man diese herrliche Künstlerin einmal gehört hat. Nach der großen Volkstragödin Warja Panina und der temperamentvollen Wajalgowa dürfte wohl kaum jemand in Rußland Volkslieder und Balladen so singen wie Maria Komarowa. Ob sie „Nalsha uliza“ bringt oder „Sjenta Kasin“ oder irgend eine schmachende Romanze, sie steht da mit halb geschlossenen Augen und singt die weite sentimentale Welt der Schmerzen und der Liebe in sich hinein und in die Lüfte hinaus, nicht vor Menschen, sondern vor Gott und Kreatur. Sie singt das russische Volk, und das ganze beruschte russische Volk singt aus ihr. Sie jauchzt, sie schreit, sie lacht, sie erzählt und deklamiert wie im Melodram, und wir weinen mit und vergessen Konzert und Eleganz. — Neben ihr spielte der ausgezeichnete Geiger W. E. M. L. u. m. und rih ihn durch seine fabelhaft leichte Technik. Seele und große Auffassung hätte er sich allerdings ein wenig von seiner großen Partnerin borgen dürfen. Wer soll auch neben ihr standhalten? — Und der Pianist Pokras phantasierte neben und unter den Liedern hin und frug die Stücke der Komarowa auf leichten und verträumten Arpeggien fort und paßte sich der einzigen Künstlerin einig an. L. R.

Sonntags-Konzert im Admiralspalast. Am Sonntag konzertierte im Admiralspalast die Kapelle der Staatsober unter Schillings Leitung. Das Programm war halb auf Oper, halb auf absolute Musik eingestellt, ein Brauch, der sich bei diesen Sonntagskonzerten einbürgern zu wollen scheint. Was man es im allgemeinen auch vorziehen, daß der Trennungstrieb zwischen beiden Kategorien im Konzertsaal scharf gezogen wird, so ist es vielleicht doch gut, bei den sonntäglichen Veranstaltungen eine Ausnahme zu gestatten, da die Leuzerung weiten Kreisen der Bevölkerung den Besuch der Oper unmöglich macht und auf diese Weise einer völligen Entfremdung zwischen Volk und Rußtdrama entgegen gearbeitet wird. Ein interessantes Experiment war Schillings Wiedergabe der G. Moll-Symphonie von Beethoven. Das Orchester wurde ganz auf absolute Musik eingestellt, der beröcht-troglische Gehalt des Wertes absichtlich stark zurückgedämmt, um mit desto fröhlicherer Disziplin alles aufzeigen zu können, was an musikalischer Anlenführung, an dynamischen Energien, an thematischen Verflechtungen

Schwerindustrie und Währungspolitik.

Mit erfreulicher Offenheit hat der Schwerindustrielle und Zentrumsabgeordnete Peter Klöckner die Gründe bekanntgegeben, die die Schwerindustrie zu ihrer Gegnerschaft gegen die Markenerweiterung veranlassen. Er führte auf der Hauptversammlung der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln-Kall u. a. aus:

Unsere Gesellschaft ist zurzeit mit Aufträgen noch reichlich versehen. Sie reichen für alle Werkstätten bis in den Sommer hinein. Für den kommenden Winter ist also Arbeitslosigkeit nicht zu befürchten. Es läßt sich jedoch nicht verkennen, daß die Inlandsaufträge rasch nachlassen, weil die Besteller die durch die Geldentwertung scharf gestiegenen Preise nicht mehr bezahlen können. Die Geldentwertung verursacht auch die größten Schwierigkeiten insofern, als jeder Monat durch die fortwährenden scharfen Steigerungen der Löhne, Gehälter und der Materialpreise weit größere Ausgaben als Einnahmen bringt. Infolgedessen sind wir in große Bankschulden geraten, welche den Höhepunkt noch nicht erreicht haben. Die Verwaltung bemüht sich, einen Ausgleich durch starken Export herbeizuführen. Es ist selbstverständlich, daß es unter den obwaltenden Umständen ganz unmöglich ist, für das laufende Geschäftsjahr irgendeine Voraussage zu machen. Wenn wir dies tun würden, dann könnte diese nur nach der schlechtesten Seite lauten, weil die Markentwertung gerade für die Betriebe, bei welchen die Ware bis jetzt neun Monate in der Fabrikation ist, die größten Gefahren in sich birgt. Die Verluste, welche bei einer plötzlichen starken Verringerung der Währung eintreten können, lassen sich heute gar nicht übersehen. Wir bilden deshalb mit großer Sorge in die Zukunft.

Unrichtig an der ganzen Darstellung ist nur, daß Löhne und Gehälter so große Bankschulden nötig gemacht haben. Diese sind der allgemeinen Teuerung gefolgt, während die Preise der von der Schwerindustrie gelieferten Rohstoffe trotz niedriger Löhne und Kohlenpreise sieghaft der Baluta vorangeht sind. Hier und in der Verteuerung der Auslandsrohstoffe infolge des Sturzes der Mark, den die Schwerindustrie verweigern will, liegen die Ursachen der Verteuerung für den Maschinenbau. Das weiß Herr Klöckner, der Fachmann, nicht aber Herr Klöckner, der Interessent.

In welchem Umfange die Bankschulden nicht durch Gründe der Produktion, sondern durch Rohstoffhamsterei, Erwerb von Beteiligungen usw. herbeigeführt sind, läßt sich nicht übersehen. Jedenfalls ist es offenkundig, daß sie nicht von einer Unterbilanz der Produktion herrühren. Sonst hätte die Maschinenbauanstalt Humboldt in diesem Jahre keine Dividenden verteilen dürfen. Statt dessen hat sie ihre Dividende von 10 auf 20 Proz. erhöht. Die Banken, die die Kredite gewährt haben, haben sie sicherlich nicht zur Ausschüttung von Dividenden hergegeben.

Hier also stimmt etwas nicht. Und unsere Vermutung, daß starke Eindeckungen in Dollar, Rohstoffen oder Angliederungen von Unternehmungen die Sorge der Schwerindustrie vor der Markterweiterung verursacht haben, wird durch Herrn Klöckner bestätigt. Nur für schwerindustriellen Profit dürfen die Massen hungern und — mehr arbeiten! Nicht wahr, Herr Stimmes?

Die verarbeitende Industrie für Markführung.

Der Verband Sächsischer Industrieller richtet folgendes Telegramm an die Reichstagsfraktionen der bürgerlichen Parteien:

Die sächsische Industrie erwartet die schnelle Beendigung der jetzigen politischen Krise, die das deutsche Wirtschaftsleben in der denkbar ungünstigsten Zeit getroffen hat und die dringend notwendige wirtschaftliche Entscheidung unheilvoll verzögert. Alles kommt darauf an, zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Währung im Reich zunächst selbst einen Stabilisierungskurs einzuführen und Männer zu berufen, die Vertrauen im Ausland besitzen und auf Grund ihrer Erfolge und Leistungen die Wirtschaftsfragen unter großen Gesichtspunkten zu behandeln und diesem Ziel alle Kräfte des Volkes gemeinsam dienlich zu machen wissen.

und kontrapunktischen Feinheiten in dem Werk lebt. Im ganzen eine Umschichtung aus dem Gefühlsmäßigen in das Intellektuelle. Man kann über diese Auffassung nicht streiten. Sie ist Sache des Temperaments und der Persönlichkeit. Und in ihrer Art war die Widergabe vollendet.

Theaterstand in Brandenburg. Sonntag abend, vor Beginn der Vorstellung, hat sich im Stadttheater zu Brandenburg ein großer Standal zugetragen. Infolge Differenzen zwischen der Direktion und den Schauspielern über Gehaltsfragen wollten die Schauspieler ihre Anwesenheit vor die Öffentlichkeit bringen und von der Bühne herab vertreiben. Als der Vorhang aufging, versuchte ein Schauspieler die Forderungen der Schauspieler vorzutragen. Der Direktor rief: „Vorhang runter!“ Dabei tarantolte der Schauspieler mit dem Direktor Wagnersiedel und geriet mit einem Fuß in den Souffleurkasten, von wo er, um einen Unfall zu vermeiden, in den Zuschauerraum springen mußte. Nachdem auch der eiserne Vorhang niedergelassen war, begab sich das noch unzufriedenere Personal in den Zuschauerraum und verteilte dort seine Forderungen gegenüber dem Publikum. Das Publikum nahm Partei für die Darsteller und veranstaltete sofort eine Sammlung, die 17000 M. ergab. Die Direktion mußte infolge der bedrohlichen Haltung das Feld räumen. Die Vorstellung begann anderthalb Stunden später.

Ein zeitgemäßer Lehrstuhl. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Paris: Auf Veranlassung der französischen Gesellschaft zur Erforschung der Kriegsgeschichte hat die Universität in Paris, die Sorbonne, einen Lehrstuhl für die Geschichte des Weltkrieges (I) eingerichtet. Zum Professor wurde Penouvin ernannt, der bis jetzt in der geschichtlichen Abteilung des Kriegsministeriums für Propagandazwecke tätig war.

Medizinische Arbeitsstätten. Auf Anregung des Professors Paul Ströhmman in Berlin geht man an unseren Universitäten jetzt daran, für die Studenten, die in der jetzigen Zeit über kein warmes Zimmer und keine Lehrbücher verfügen, öffentliche Arbeitsstätten einzurichten. In erster Linie werden solche für Mediziner beschafft. Universitätslehrer, Autoren, Verleger werden gebeten, verfügbare Bücher herzugeben, auch ältere Lehrbücher, die sich in Händen von praktischen Ärzten befinden, haben noch ihren Wert. In Berlin sind in den Räumen der ehemaligen Kaiser-Wilhelms-Akademie Besetzung für Mediziner eingerichtet worden, und der Kandidat der Medizin Gleris von der ersten Klinik der Charité hat es übernommen, Bücher für den Zweck zu sammeln. In anderen Hochschulen wird man diesem Beispiele folgen, das Bedürfnis ist überall daselbe, und nicht nur für Mediziner allein.

Bläserorchester. Das 16. Konzert von Dr. Max Burkhardt findet am Freitag, nach 4 Uhr, im Gürtenersaal statt: IX. Symbonie und Violinsonate von Beethoven. Mitwirkende: Helene Gluz, Therese Gund, Hans Scheremann, Dr. Bruno Goeller.

2. Melos-Kammermusikabend (Mittwöchlicher Vetter Kreis Windisch). Mittwoch (Klub). 22. im Grottan-Steinweg-Kammermusikklub, Belpourstraße 7 (gegenüber Eistanade-Hotel). Zur Uraufführung gelangen Werke von Arin Loebl (Petersburg). Mitwirkende: Alexander Borowitsch (Klavier), Anna El-Lur (Gesang), Streichquintett (Koch, Spitz, Brants).

Wir bitten die Reichstagsparteien, in der schweren Not des Vaterlandes an diesem Werk mitzuwirken, und zwar rasch.

Die sächsische Industrie setzt sich mit dieser Kundgebung in Widerspruch mit der Politik der Schwerindustrie, die Sorge hat, sie könnte bei einer Markterweiterung ihre Schulden nicht mit entwerteter Mark zurückzahlen.

Die Geschäftsordnung des Reichstags.

Präsident Lobe eröffnet die Montags-Sitzung mit der Bekanntgabe einer Beschwerde des Abg. Gruber (Soz.). Bei der Hausungung in der Redaktion der „Münchener Post“ hat die Polizei den Schriftlich des Abgeordneten erbrochen, worin er eine Verletzung der Immunität des Abgeordneten erblickt. Die Beschwerde geht an den Geschäftsordnungsausschuß.

In der fortgesetzten Beratung des Geschäftsordnung beantragt Abg. Brodau (Dem.), dem Verlesten nach das Recht zu geben, die Verweigerung von Befehlsvorlagen an einen Ausschuß ohne erste Befragung beschließen zu können. Abg. Geyer (Soz.) widerspricht dem Antrag, der nach einer Debatte abgelehnt wird. — Ein Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten, in § 41 die zur Unterstützung an Entschleßungen notwendige Zahl der Abgeordneten von 30 auf 15 herabzusetzen, wird im Hammersprung mit 130 gegen 105 Stimmen angenommen. Diefelbe Verränderung wird auch in anderen Paragraphen beschlossen. — Die Demokraten wollen der Geschäftsordnung einen § 48a einfügen. Der Verlestenrat soll die Reihenfolge bestimmen, in der die einzelnen Teile des Haushaltsplans beraten werden sollen und für diese Beratungen einen Zeitraum festsetzen, nach deren Ablauf sie ohne weitere Erörterung durch Abstimmung erledigt werden. Ist der Haushaltsplan bis zum 15. März nicht vollständig abgeschlossen, so werden die noch nicht erledigten Teile in derselben Weise erledigt. Der Antrag wird abgelehnt.

Bei der Abstimmung über § 55 ergibt sich im Hammersprung die Beschlussfähigkeit des Hauses. Präsident Lobe beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag nachmittag 5 Uhr an. Auf der Tagesordnung steht: Die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung und die Fortsetzung der Aussprache über die Geschäftsordnung.

Vollstimmung in ganz Hannover. Wie bekannt, planen die Deutschhannoveraner eine Vollstimmung in den Regierungsbezirken Stade und Hainburg, um die Trennung von Preußen herbeizuführen. In den Kreisen der preussischen Regierungsparteien wird, wie die WPR. hören, der Gedanke erwogen, die Abstimmung über die Frage des Verbleibens bei Preußen oder der Trennung von Preußen für ganz Hannover herbeizuführen.

Lebensmittelkrawalle in Braunschweig.

Braunschweig, 20. November. (W.B.) Nach einer Versammlung auf dem Hagenmarkt zog in den Abendstunden ein größerer Trupp meist jüngerer kommunistischer Elemente durch die Straßen vor Lebensmittel- und andere Geschäfte, offenbar in der Absicht, Gewalttätigkeiten zu begehen. An einem Lebensmittelgeschäft wurde die Fensterscheibe eingeschlagen und die Auslagen zum Teil geraubt. Durch schnelles Eingreifen der Polizei, die die Menge in Fluß hielt, konnten größere Ausschreitungen verhindert werden.

Eröffnung des Unterhauses.

London, 20. November. (W.B.) Das Unterhaus trat heute zur Wahl des Sprechers zusammen. Whitten wurde einstimmig wiedergewählt. Die konservative Partei nimmt jetzt sämtliche Bänke auf der Regierungsseite des Hauses ein, während die Oppositionsseite unter die Arbeiterpartei, Liberalen und Nationalliberalen verteilt ist. Der Arbeiterführer Clynes beglückwünschte Whitten zu seiner Wiederwahl und sagte, die Arbeiterpartei habe ebenso viel Achtung vor der Autorität des Parlaments wie irgendeine andere Partei und werde mithelfen, die Autorität und Würde des Sprechers zu unterstützen.

Genosse Eduard Bernstein, der gestern nachmittag an den Verhandlungen der Reichstagsfraktion mit gewohnter Lebhaftigkeit Anteil nahm und später der Plenarsitzung beizuhören, sollte am Abend in der Pessing-Hochschule in Charlottenburg einen Vortrag halten. Ehe er jedoch zum Sprechen kam, erlitt er einen Ohnmachtsanfall. Es wurde der Arzt der nächsten Rettungswache herbeigeholt, der die Ueberführung des Erkrankten in seine Wohnung anordnete. Wir hoffen, daß der alte Kämpfer sich von seinem Unfall, der die offensbare Folge eines rastlosen Arbeitseifers ist, rasch wieder erholen wird. — Wie wir zu unserer Freude vernahmen, hat sich das Befinden des Patienten, nachdem er nach Hause gebracht worden war, schon wieder bedeutend gebessert.

Bulgarische Minister durch Volksentscheid angeklagt. Bei der Volksabstimmung sprachen sich 75 Proz. der Abstimmenden dafür aus, daß die Mitglieder des Kabinetts Gschow Danew, Malinow und Kosturkow in den Anklagezustand versetzt würden.

Päpstlicher Kunstab in München wird Monsignore Bassallo für Pacelli, der Rantius in Berlin bleibt.

Eröffnungssitzung in Lausanne.

Energische Rede Ismet Paschas.

Lausanne, 20. November. (W.B.) Die Friedenskonferenz in Lausanne wurde heute nachmittag um 4 Uhr im Casino de Mont Beuron eröffnet. Außer den Delegationen nahmen der französische Ministerpräsident Poincaré, der italienische Ministerpräsident Mussolini und der englische Staatssekretär des Auswärtigen Lord Curzon an der Sitzung teil. Reden wurden nur gehalten vom schweizerischen Bundespräsidenten Haab, Lord Curzon und Ismet Pascha.

Bundespräsident Haab

erklärte, daß die Schweiz hocherfreut sei, auf dem Gebiete der Ausdehnung internationaler Verständigung mitwirken zu können, und fuhr fort: Möge die Vorlesung es fügen, daß der griechisch-türkische Krieg der letzte Akt der furchtbaren Tragödie sei, die Europa und das angrenzende Kleinasien seit einem Jahrzehnt heimlich, unter deren schrecklichen Nachwirkungen Sieger und Besiegte auf Menschenalter hinaus zu leiden haben. In dem heutigen Zeitalter des engsten wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Zusammenhanges zwischen den Völkern leiden unter der Krankheit des Wirtschaftskrisens des einen alle übrigen Mitglieder der Völkerfamilie. Daher ist es die Staatskunst der hohen Regierungen, den Triumph darin zu erblicken, nach Beendigung des blutigen Ringens eine Ordnung der Dinge zu schaffen, um einer zukünftigen Verfehlung den Weg zu ebnet, damit die Feinde von gestern wiederum Freunde von morgen werden können. Er schloß mit den Worten: Friede auf Erden allen, die guten Willens sind!

Hierauf ergriff

Lord Curzon

das Wort, indem er nach lebhaften Dankesworten an die Schweiz darauf hinwies, daß vier Jahre lang nach Schluß des Weltkrieges in den Hauptstädten Europas oder anderen Städten der Großmächte Konferenzen stattgefunden haben. Die gegenwärtige Friedenskonferenz finde als erste in einem neutralen Staate statt, der besonders vorbildlich für die Friedensbemühungen sei. Er hoffe, daß dies die letzte aller Friedenskonferenzen sein möge. Er stimmte der Hoffnung des Bundespräsidenten Haab bei, daß alle hier vertretenen Länder sich bei den Verhandlungen von dem Geiste der Verständigung und des Entgegenkommens leiten lassen möchten. Er sprach gewiss im Namen aller Delegationen, auf jeden Fall aber im Namen der englischen, wenn er erkläre, daß seine Bemühungen zu groß seien, um den Frieden im Orient herbeizuführen und den Frieden der Welt zu sichern.

Als dritter Redner sprach

Ismet Pascha.

Er führte aus, daß der Waffenstillstand, der vor mehr als vier Jahren auf der Basis des

Vertragens auf die Wilsonschen Grundzüge

abgeschlossen wurde, nicht den Feindseligkeiten ein Ende gemacht habe und fuhr fort: Die türkische Nation, die ständig der Wohltaten des Friedens beraubt blieb, erkannte die Unzulänglichkeit und die Unzumutbarkeit ihrer unaufhörlichen Friedensschritte, mit deren Hilfe sie Recht und Gerechtigkeit zu erlangen suchte. Da ihr keine andere Hoffnung und kein anderer Weg blieb, verteidigte sie selbst ihre Existenz und sicherte sich ihre Unabhängigkeit durch ihre eigenen moralischen und materiellen Hilfsmittel. Sie trug dabei zahllose Lasten und brachte zahllose Opfer, denen alle freien Völker ihre Sympathie nicht versagen werden. Alle Völker trugen zu diesem Verteidigungskriege bei. Ich muß dabei an die unaufhörlichen Angriffe und Verden erinnern, denen das türkische Volk seit 1918 ausgegesetzt war, und an die ganz systematischen und durch keine militärischen Gründe gerechtfertigten Verheerungsmethoden, mit denen man es im reichsten Teil seines Gebiets ausrottete wollte. Ich erinnere ebenfalls daran, daß heute noch mehr als eine Million unglücklicher Türken obdachlos und nahrunglos in den Wäldern Kleinasiens umherirren. Dadurch, daß sie diese unmenschlichen Opfer gebracht hat, hat die Türkei ihren Platz in der Kulturwelt

mit allen Rechten auf ihre Existenz und Unabhängigkeit

erobert, Rechte, die jedes lebensfähige Volk besitzt, vor allem die Rechte auf Arbeit und Tätigkeit. Das höchste Ziel der Großen Nationalversammlung der Türken ist, diese Stellung zu wahren und zu festigen. Die Ereignisse der letzten Jahre haben im Gewissen der Menschheit die Wahrheit als unerschütterliches Dogma aufgestellt: Der allgemeine Friede und die allgemeine Sicherheit müssen insofern gewahrt werden, als die Nationen gegenseitig ihr Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit achten. Ich hoffe, daß die

Erinnerung an diese Ereignisse für die Zukunft ein Pfand des Friedens und der Stabilität geben wird, ich hoffe auch, daß die türkische Delegation, die im höchsten Maße von gutem Willen befeuert ist, bei den anderen Delegationen guten Willen finden wird, und daß damit die Bemühungen der Konferenz ein befriedigendes Ergebnis finden werden. Ismet Pascha schloß mit dem Dank der türkischen Nationalversammlung an die Schweiz für ihre Gastfreundschaft.

Hierauf schloß Bundespräsident Haab die Eröffnungssitzung, indem er die Konferenz einlud, ihre Beratungen am Dienstag vormittag im Chateau d'Udely fortzusetzen.

Als griechischer Bevollmächtigter nimmt an der Konferenz bekanntlich Venizelos teil.

Interalliierte Differenzen.

Auf den vorangegangenen Besprechungen zwischen Poincaré, Curzon und Mussolini, die am Sonntag in Territet eingeleitet und am Montag in Lausanne zum Abschluß gebracht wurden, kam nach zwei offiziellen Kommunikationen der gemeinsame Wille zur einheitlichen Haltung zum Ausdruck. Damit dürfte — wenigstens einstweilen — die Gefahr eines Bruches zwischen den Ententemächten bei der Behandlung der Orientprobleme in Lausanne beseitigt sein. Indessen fehlen in den offiziellen Verlautbarungen die sonst üblichen Betonungen einer bereits feststehenden absoluten Einigkeit.

Daß nicht alle Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten beseitigt werden konnten, geht übrigens aus den verschiedenen Quellen hervor. Bereits nach der ersten Zusammenkunft erklärte die „Times“, allerdings im Gegensatz zu anderen Londoner Blättern, die Einigkeit sei noch nicht genügend gesichert. Auch die „Daily News“ berichteten etwas konkreter über Differenzpunkte, die sich auf die militärische Besehung der Meerengen durch die Alliierten und auf die Stärke der türkischen Truppenmacht, die in Thrazien zugelassen werden soll. In beiden Fragen nehme Frankreich einen türkenfreundlichen Standpunkt im Gegensatz zu England ein. Aber auch Italien soll, nach einer „Eco“-Mitteilung aus Lausanne, Frankreich durch Forderungen, die den Dobekanes, die Zwölfinselngruppe im Ägäischen Meere, betreffen, verstimmt haben. Seit der ersten Lausanner Friedenskonferenz, die bekanntlich vor zehn Jahren nach dem italienisch-türkischen Kriege stattfand, hat Italien gewisse Ansprüche auf diese Inseln, die im Gegenstoß sowohl zu den türkischen wie auch zu den griechischen Ansprüchen stehen.

Der „freimütige“ Mussolini.

Mailand, 20. Nov. (W.B.) Mussolini erklärte Pressevertretern gegenüber, die in Paris zwischen Poincaré und Lord Curzon sowie Baron Locozano getroffenen Vereinbarungen hätten für ihn nicht den geringsten Wert, da er den Beratungen nicht beigewohnt habe. Da englische Memorandum umfasse 15 Punkte und behandle im ersten Teil politische und Gebietsfragen; im zweiten wirtschaftliche Probleme. Viele Punkte seien für Italien unannehmbar, andere müßten Italien zuerst erläutert werden. Hinsichtlich der Teilnahme Russlands sagte Mussolini, nach seiner den Alliierten dargelegten Ansicht hätte Russland zu der Gesamtkonferenz zugezogen werden sollen und nicht nur zu einem Teile. Mussolini sagte weiter, in der ersten Zusammenkunft mit den Verbündeten habe er im faßlichsten Stille, d. h. mit aller Freimütigkeit gesprochen. Die Richtlinien gegenüber den Türken bestehen nach Mussolini in der Achtung der Rechte der Türkei und der Verhinderung von Ubertreibungen, sowie im Festhalten an dem Abkommen von Bucharest. Italien werde den Anspruch Bulgariens auf einen Zugang zum Ägäischen Meere unterstützen, wolle aber vorher wissen, welche Gegenleistungen Bulgarien dafür biete.

Reparationsbesprechungen in Lausanne?

Es wird vielfach vermutet, Mussolini wolle in Lausanne auch das gesamte Reparationsproblem mit Poincaré und Curzon erörtern.

Der neue Sultan.

Konstantinopel, 20. November. (Dena.) Die Nationalversammlung von Angora hat den Prinzen Abdul Medjid Effendi, den Sohn Abdul Aziz — der sich politisch und schriftstellerisch mehrfach hervorgetan hat — zum neuen Kalifen gewählt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Antwort der Gewerkschaften. Kommunistische Zerstörungsarbeit.

Die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des ADGB und des AFD-Bundes hat am 18. November 1922 an den sogenannten „Reichsausschuss der Deutschen Betriebsräte“, 3. Bd. d. Herrn H. Grothe, in Berlin, im Auftrage der Gewerkschaften ein Schreiben gerichtet, als Antwort auf ein Schreiben vom 10. November an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, in dem dieser und der AFD-Bund ersucht werden, Vertreter zu dem sogenannten Betriebsrätekongress zu entsenden. In diesem Schreiben wird zunächst auf die verschiedenen Neuerungen hingewiesen, die in den Aufrufen und Reden der Vorsitzenden dieses angeblichen Betriebsrätekongresses enthalten sind, und die sich alle gegen die Gewerkschaften und deren gewählte und verantwortliche Vertreter in beleidigender Form wenden. U. a. hat Grothe nach einem Bericht der „Roten Fahne“ vom 9. September die Bedeutung des Betriebsrätekongresses hervorgehoben, die darin liege, daß sie „die Massen von den Führern löst“. In dem Antwortschreiben der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale heißt es dann:

„Angesichts dieser Launen können wir in Ihrer Aufforderung, Vertreter des Bundes zu Ihrem Kongress zu entsenden, nur die Absicht erblicken, die Vorstände des ADGB und des AFD-Bundes zu veranlassen, auf diesem Kongress Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen. Dies müssen beide Bundesvorstände aus dem Grunde ablehnen, weil sie nicht Ihnen verantwortlich sind, und weil der von Ihnen geplante Kongress nicht befugt ist, den ordentlichen Gewerkschaftskongress des ADGB und des AFD-Bundes die Begutachtung und Entscheidung über die Tätigkeit der beiderseitigen Bundesvorstände abzunehmen.“

Wie Sie im übrigen selbst wissen, wird Ihre Ansicht über die Tätigkeit der Gewerkschaftsleitungen auch keineswegs von der Masse der Gewerkschaftsmitglieder geteilt. Ebensovienig von der Masse der Betriebsräte. Sie haben nicht das geringste Recht, im Namen der Masse, weder der Betriebsräte noch der Gewerkschaftsmitglieder zu sprechen. Dagegen sprechen und handeln Sie offenkundig im Namen und auch im Auftrage der kommunistischen Partei, von der jedermann weiß, daß sie die Kollaboration der Arbeiter und Angestellten ausnützen möchte, um durch Irreführung der Betriebsräte ihre

Parteibestrebungen zu fördern.

Nicht Ihr „Reichsausschuss“, sondern die kommunistische Partei ist der wahre Arrangeur des geplanten Kongresses, von dem der Ausschuss des ADGB in seiner Septembertagung deshalb mit Recht festgesetzt hat, daß er lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll.

Ueber das Verhältnis der Gewerkschaften und der Betriebsräte zueinander und über die gegenseitigen Aufgaben hat der Gewerkschaftskongress zu Leipzig im Juni d. J. verhandelt und Beschlüsse gefaßt, die uns binden, und die um so mehr zu Recht bestehen, als auch kein Betriebsrat bisher Einwendungen gegen sie erhoben hat.

Die Betriebsräte und wahrscheinlich auch Sie selbst wissen außerdem, daß ein Kongress gar nicht imstande ist, außer „papierne Resolutionen“ etwas gegen die Teuerung auszurichten. Jedenfalls nicht entfernt soviel, als es dem stetigen Einfluß der Gewerkschaftsleitungen, gestützt auf die Einsicht und den entschlossenen Willen der Mitglieder, möglich ist.

Dem Schutze des Achtstundentages wird ein kommunistischer Betriebsrätekongress, der bewußt die Mitglieder gegen ihre eigenen Führer aufrufen, also die Einigkeit in den Gewerkschaften stören soll, am allerwenigsten förderlich sein. Gegenüber der Beschuldigung, daß die Gewerkschaftsführer den Achtstundentag preisgeben wollen, verweisen wir Sie nur auf die letzte Nummer der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ vom 11. November, die aus Berichten der Gewerbeinspektoren ausdrücklich feststellt, daß gerade die Gewerkschaften

mit aller Energie für die Durchführung des Achtstundentages wirken. Außerdem hat doch der große Metallarbeiterkampf in Süddeutschland der Erhaltung des Achtstundentages gedient. Die kämpfenden süddeutschen Metallarbeiter sind hierbei von allen Gewerkschaften unterstützt worden. Der Vorsitzende des ADGB, Genosse Leipzig, hat als Sachverständiger im Reichswirtschaftsrat eindeutig seine Stellungnahme und damit diejenige des ADGB für den Achtstundentag erklärt. Daneben spielt es keine Rolle, wenn die Herren Binde mann, Kallist, Max Cohen etwa für einen Abbau des Achtstundentages eintreten, da diese nicht im Auftrage der Gewerkschaften gehandelt und einen derartigen Ansehen auch gar nicht erworben haben.

Wie die Gewerkschaftsleitungen die kommunistische Partei und ihre Presse nicht an ihren täglichen Verunglimpfungen hindern können, so haben sie auch nicht die Möglichkeit, Sie von Ihrem jetzigen Vorhaben abzuhalten. Unsere Verantwortung vor dem Interesse der deutschen Arbeitnehmerschaft gebietet uns aber, Ihnen zu sagen, daß Ihr Vorgehen insbesondere in der jetzigen schweren Notzeit unverantwortlich und aufs schärfste zu verurteilen ist.

Die deutschen Gewerkschaften haben durch die jahrzehntelange Aufzucht ihrer Mitglieder ihre heutige Stellung im Staatsleben erkungen und werden, gestützt auf ihre Erfahrungen und die Macht der Arbeiterklasse, nach wie vor ihre Aufgaben selbstständig durchführen. Die von Ihnen für die kommunistische Partei betriebene Zerstörungsarbeit kann die Macht der Gewerkschaften wohl schwächen und dem kapitalistischen Unternehmertum vorübergehenden Gewinn bringen. Aber dieser Erfolg Ihrer Tätigkeit wird auch den kommunistisch gesinnten Arbeitern eines Tages bewusst werden, und wir vertrauen darauf, daß Ihnen diese Erkenntnis nicht erst kommen wird, wenn es zu spät ist.“

Auffschwung der freien Gewerkschaften.

Das am 1. Oktober erfolgte Ausscheiden des Zentralverbandes der Angestellten führt trotz wiederholter Berichtigungen noch manchen zu falschen Schlüssen über die Mitgliederbewegung im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Man rechnet diesem einen Verlust von 280 100 Mitgliedern heraus. Das ist unzutreffend. Im Gegenteil haben die dem ADGB angeschlossenen Verbände am Ende des Jahres 1921 gegen 1920 eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. Scheidet man die Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Angestellten mit 363 521 am 31. Dezember 1920 aus der Gesamtmitgliedszahl von 8 032 057 aus, so ergibt sich für die übrigen Verbände eine Mitgliederzahl von 7 668 536. Da diese Verbände am Schlusse des Jahres 1921 einen Mitgliederbestand von 7 751 957 hatten, so ergibt sich eine Zunahme von 83 421 Mitgliedern. Vergleicht man die Jahresdurchschnittszahlen, so ergibt sich ohne den Zentralverband der Angestellten für die übrigen Verbände von 1920 im Jahresdurchschnitt eine Mitgliederzahl von 7 513 702 gegen 7 558 718 Mitglieder im Jahre 1921, also eine Zunahme von 45 016. Rechnet man die Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Angestellten mit 313 080 am Schlusse des Jahres 1921 dem Mitgliederbestande der Verbände des ADGB zur gleichen Zeit mit 7 751 957 zu, so ergibt sich eine Zunahme von 32 980 Mitgliedern.

Man mag also die Zahlen nehmen wie man will, mit oder ohne Zentralverband der Angestellten, im Jahresdurchschnitt oder am Schlusse des Jahres, in jedem Falle ergibt sich eine Zunahme an Mitgliedern.

Nichtig ist, daß in den ersten drei Vierteln des Jahres 1921 Verlust an Mitgliedern eintrat. Am Ende des Jahres war der Verlust jedoch nicht nur ausgeglichen, sondern noch ein Gewinn zu verzeichnen. Die Zunahme an Mitgliedern hat auch in den ersten zwei Vierteln des Jahres 1922 angehalten. Am Schlusse des zweiten Viertels war eine Zunahme von 217 695 Mitgliedern über dem höchsten Stand vom Jahre 1920 vorhanden. Verglichen mit dem niedrigsten Stande im Jahre 1921 betrug die Zunahme 577 928 Mitglieder.

Aus diesen Zahlen ist zu entnehmen, daß der Stillstand bereits am Ende des Jahres 1921 wieder aufgehört hat und seither eine nicht unbeachtliche Zunahme an Mitgliedern eingetreten ist.

Streik in den Kohलगroßhandlungen.

Durch einstimmigen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, an dem drei Vertreter des Berliner Kohलगroßhandels auf Vorschlag der Arbeitgeber mitgewirkt haben, waren den Arbeitern und Ausschuss für die Zeit vom 3. bis 16. November 1922 die bisher bestehenden Stundenlöhne um 80 Proz., d. h. auf 225 M., erhöht worden. Die drei Vertreter des Verbandes der Berliner Kohलगroßhändler, die als Beisitzer tätig waren, müssen demnach diesen Lohnsatz für angemessen und der Billigkeit entsprechend befunden haben, denn sonst wäre ihr Einverständnis nicht erklärlich. Seitens der Arbeitnehmer wurde die Annahme des Schiedspruches erklärt, die Arbeitgeber hingegen lehnten ab. Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar führten zu keinem Ergebnis.

Erneut in letzter Stunde nochmalige Verhandlungen, um eine abermalige Aussprache über die strittigen Fragen herbeizuführen, wurden von dem Verband Berliner Kohलगroßhändler abgelehnt mit dem Hinzufügen, daß sie nur gewillt wären, den genannten Lohnsatz zu zahlen, wenn die Geltungsdauer bis zum 30. November verlängert werden würde. Diesen einseitigen Diktat des Verbandes Berliner Kohलगroßhändler, allein über die Lohnhöhe der zweiten Hälfte des Monats November entscheiden zu wollen, konnten sich die Arbeiter und Ausschuss um so weniger fügen, da die Kohलगpreise bekanntlich mit dem gestrigen Tage abermals um 50 Proz. heraufgesetzt worden sind, ohne daß man gewillt war, von dem sehr beträchtlichen Mehrertrag auch den Arbeitern nur den geringsten Ausgleich für die gesteigerten Lebenshaltungskosten zu bieten. Der Vorschlag der Organisation, die strittige Angelegenheit erneut einer vereinbarten unparteiischen Schiedsstelle zu unterbreiten, fand ebenfalls nicht die Zustimmung der Kohलगroßhändler. Damit waren alle Vorschläge der Organisation, die ernstlich darauf gerichtet waren, eine Verständigung herbeizuführen und den tief in das Wirtschaftsleben Berlins einschneidenden Streik der Kohलगarbeiter usw. zu verhüten, durch das brüske und unverständliche Verhalten der Arbeitgeber abgelehnt.

Der Fehlschluß ist aufgenommen worden. Die Kohलगarbeiter und Ausschuss haben durch diese Provokation die einzig mögliche Antwort erteilt: In allen Kohलगroßhandlungen ruht ab heute die Arbeit. In Frage kommen etwa 3000 Beteiligte.

Landschaftsgärtner.

In einer gut besuchten Versammlung der Landschaftsgärtner am Sonnabend im Gewerkschaftsbau referierte die Kirche über die Notwendigkeit einer Verbesserung der bestehenden Tariflöhne. Die Lohnkommission hat bei der Verhandlung über die Novemberlöhne mit den Arbeitgebern eine Vereinbarung getroffen, nach der in diesem Monat durchgehend erhalten sollen: Gärtner unter 20 Jahren im ersten Jahre der Brandenburgerzeit 120, nach vollendetem 20. Jahre 133 M. und nach einjähriger Brandenburgerzeit 126 bzw. 140 M. Obergärtner und Anlageleiter 147 M., Arbeiter 113 bzw. 126 M., Frauen 67 bzw. 74 M. Bei der Abmachung ist aber, wie der Referent betonte, ausdrücklich von der Kommission erklärt worden, daß sie sich vorbehalte, falls die Teuerung wesentlich steigen sollte, im Laufe des Monats neue der Lage entsprechende Forderungen zu stellen.

Da dieser Fall eingetreten sei, habe die Kommission bei den Arbeitgebern neue Verhandlungen nachgelastet, aber einen ablehnenden Bescheid erhalten. Von der Kommission ist nun der Schlichtungsausschuss angerufen worden. Auch die folgenden Dispositionsredner mißbilligten die ablehnende Haltung der Arbeitgeber.

Lohnvereinbarung im Friseurgewerbe.

Bei den Verhandlungen am 17. November wurden folgende Wochenlöhne als Mindestlöhne vereinbart: Für Herrenfriseure 8000 M., Damenfriseure 3150 M., Friseurinnen 8000 M., Haararbeiter und Arbeiterinnen 3350 M., qualifizierte 3400 M., Einrichter und Präparateure 3855 M., Handfliegerinnen 1485 M. Der Stundenlohn für Ausbilden beträgt für Herrenfriseure 75 M., für Damenfriseure 80 M. Die bisher bestehenden Abmachungen des Urlaubs bleiben bestehen. Bessere Arbeitsverhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden.

Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, Zweigverein Berlin.

In der Schokoladen- und Zuckerwarenbranche.

Von Zentralverband der Bäcker und Konditoren wird uns mitgeteilt:

In der Lohnbewegung in der Schokoladen- und Zuckerwarenbranche hatte das Reichsarbeitsministerium eingegriffen. Die Unternehmer lehnten jedoch das Reichsarbeitsministerium als Spruchinstanz ab. Darauf lud das Reichsarbeitsministerium die Unternehmer zu einer Einigungsstiftung, jedoch ohne eine Verständigung erzielen zu können. Das Reichsarbeitsministerium hat es darauf abgelehnt, einen Schiedspruch zu fällen.

Die verantwortlichen Instanzen des Reichsarbeitsministeriums waren der Auffassung, daß das Reichsarbeitsministerium, nachdem es die Angelegenheit an sich gezogen hatte, sie auch durchführen müsse. Von dieser Meinung scheinen die nachgeordneten Instanzen abgekommen zu sein. Eine schriftliche Begründung der Ablehnung ist trotz Versprechens vom Reichsarbeitsministerium bisher noch nicht an die Organisation gelangt.

Verbindlich erklärte Tarifverträge. Durch Verordnung des Reichsamts für Arbeitsvermittlung sind nachstehende Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt worden: Geschäftszeichen VI 1310/40 des am 31. August 1922 abgeschlossenen Nachtrages zum Tarifverträge für die Pelzwarenbranche mit Wirkung vom 1. August 1922. — Geschäftszeichen VI 1108/36, die am 22. Juli 1922 und am 24. August 1922 abgeschlossenen Nachträge zum Tarifvertrag für die Textilindustrie, Färbereien und chemischen Waschanstalten mit Wirkung vom 1. Juli 1922 bzw. 1. August 1922. — Geschäftszeichen VI 545/59, die am 14. August 1922 und 28. August 1922 abgeschlossenen Nachtragsabkommen zum Tarifvertrag für die Damenwäsche- und Schürzenbranche mit Wirkung vom 1. Juli 1922 bzw. 1. August 1922.

Auskunft erteilt der Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10 und Kommandantenstr. 63/64.

Achtung, Chirurgemechanik! Mit Wirkung ab 20. Oktober bis 15. November 1922 werden die Affordbasen um 135 Proz. — 85,85 M. und 70 M. fester Stundenlohn für Männer über 18 Jahre und Frauen über 18 Jahre um 135 Proz. — 52,75 M. und 50 M. fester Stundenlohn erhöht.

Ab 16. November bis auf weiteres werden die Affordbasen für Männer über 18 Jahre um 150 Proz. — 91 M. und 100 M. fester Stundenlohn, Frauen über 18 Jahre um 150 Proz. — 57 M. und 70 M. fester Stundenlohn erhöht, die anderen Gruppen dementsprechend niedriger.

Der polnische Textilarbeiterstreik ist gestern beigelegt worden.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Bekleidungsarbeiter. Mittwoch vormittag 10 Uhr in der Schulaula Rieberswallstraße 12b wichtige Versammlung aller Genossen und Genossinnen der V. S. D. D. des Bekleidungsarbeiterverbandes. Sehr wichtige Tagesordnung. Partei- und Gewerkschaftsausschuss legitimiert. A. H. S. Heute 14 Uhr bei Stier, Obendstraße, Ecke Rallstraße, Versammlung aller Mitglieder und Anhänger der V. S. D. D. Das Scheitern jedes einzelnen ist notwendig.

Deutscher Transportarbeiterverband, Chemische Branche. Heute abend 7 Uhr in Willes Keller, Seebastanlage, 29. Bollwerkstrasse. In dieser Versammlung müssen die Spitalerinnerungen abgerechnet werden.

Zentralverband der Einzelhändler. Angestellte im Einzelhandel. Erneute Verhandlungen mit den Arbeitgebern haben stattgefunden. Das Ergebnis wird in einer großen Versammlung am Mittwoch vormittag 10 Uhr in der Stohlsche, Rieberswallstraße 47-49, den Mitgliedern des Zentralverbandes der Angestellten bekanntgegeben. Kein Mitglied aus dem Berliner Einzelhandel darf fehlen!

Aus der Partei.

Eingung auch in Danzig.

Danzig, 20. November. (Mitb.) Den Aufstakt der seit langer Zeit ins Auge gefassten Wiedervereinigung der Danziger SPD. und USPD. bildete die am Sonntag vormittag abgehaltene Parteiberatung der beiden Parteien. Auf beiden Seiten wurde die Wiedervereinigung einmütig beschlossen. Am Nachmittag folgte ein gemeinsamer Parteitag beider Parteien. Nach programmatischen Ausführungen wurde das neue Aktionsprogramm der Partei gebilligt. Es umfaßt: Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Finanzen, Verwaltung und Bewaltung, Gemeindepolitik, Rechtspflege, Kultur- und Schulpolitik, Bänderbeziehungen und Internationales.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Otter 1. Berlin.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
besize Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21.

KON LINON



Die Daseinsberechtigung dieser Zigarette, der Beweis für ihre Güte, kommt erfreulich in der ständig wachsenden Zahl ihrer Anhänger zum Ausdruck.

edest edel wie der Name.

Das unbezogene Bett.

Der Wäschereisatz in den Berliner Krankenhäusern.

Wäschestücke, ganz gleichgültig, ob sie Tisch- oder Leibwäsche repräsentieren, sind bekanntlich heute ein besonders teurer Artikel. Doch damit nicht genug. Jeder, der seinen namentlich durch die langen Kriegsjahre ramponierten Wäschevorrat ergänzen will und durch eine mehr oder minder dicke Briefstafel sich einen solchen Einkauf erlauben darf, hat große Schwierigkeiten, neue Wäschestücke zu bekommen. Denn Wäsche ist nicht nur teuer, sondern auch rar, und die großen Berliner Wäschegegeschäfte verkaufen an eine Person immer nur eine ganz bestimmte und kleine Anzahl von Wäschestücken. In den Privathaushaltungen kann man sich freilich bis zu einem gewissen Grad bei dem Wäschemangel helfen und durch immer wieder neues Stopfen und Flicker der alten und verbrauchten Hemden, Handtücher, Laten und Bettbezüge über die Notwendigkeit hinwegzukommen versuchen. Ganz anders liegen natürlich nach dieser Richtung die Verhältnisse bei den Krankenhäusern. Hier ist im Interesse der Reinlichkeit der ganzen Anstalt gewissermaßen namentlich für die Stationen, die mit Schwerkranken belegt sind, und für die Kinderabteilungen eine Art Wäschekalamität erforderlich.

Keine Wäscherei.

Berliner Krankenhäuser waren durch den Krieg ebenfalls in Verdrängnis geraten, und ihre Wäscheausstattung war nicht so vollständig, wie es im Interesse der Hygiene geboten ist. Ein Berliner Blatt hat nun unlängst einen Artikel über die Not der Berliner Krankenhäuser veröffentlicht und dabei einen Alarmruf über den Wäschemangel und die angeblich unbezogenen Betten in den Berliner Krankenhäusern ausstoßen, der Beunruhigung erregt hat. Wie wir an zuständiger Stelle im Magistrat erfahren, liegen glaubwürdigerweise die Dinge nicht so im argen, vor allem aber geht es nicht an, von einer Wäschekalamität der Berliner Krankenhäuser zu sprechen. Richtig ist freilich, daß auch die Berliner Krankenhäuser nach dem

Kriege an Wäschemangel litten, seit längerer Zeit aber ist man am Werk, die Lücken auszufüllen und die einzelnen Anstalten so auszugestalten, wie es das Interesse der Sache verlangt. Bisher hat man für zehn Millionen Mark Wäsche gekauft, doch ist damit der Schaden noch nicht zur Hälfte behoben. Am Ende dieses Jahres hofft man aber in allen Berliner Krankenhäusern und Anstalten die durchaus notwendigen Wäschestücke angeschafft zu haben. Man hat bei der Versorgung der Anstalten mit Wäsche — es handelt sich dabei sowohl um Leibwäsche wie um Bettwäsche — eine notwendige Reihenfolge eingehalten und zunächst die Wäscheausstattung der städtischen Krankenanstalten vervollständigt. Dann kommen die Irrenanstalten und die Hospitäler an die Reihe.

Für jedes Bett drei Garnituren.

Eine Garnitur — Kopfkissenbezug, Deckbettbezug und Laten — befinden sich auf dem Bett, die zweite befindet sich in der Wäsche, und die dritte bleibt in Reserve. Für Kinderbetten ist mehr Bettwäsche vorgezogen. Daß die Beschaffung einer so großen Anzahl Wäsche ein sehr großes Stück Geld verschlingt, liegt auf der Hand. Die Stadt Berlin hat aber Gelegenheit, preiswert einzukaufen. Die Wäschebeschaffung ist der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft übertragen, die wieder mit Großlisten in Verbindung steht und auf diese Weise nur die niedrigeren En grospreise bezahlen braucht. Außerdem ist die Stadt verhältnismäßig billig in den Besitz der für die Krankenhäuser notwendigen Wäschestücke dadurch gekommen, daß sie nach der Revolution bei der Auflösung des Heeres und seiner Bestände schnell zu rief, und Bett- und Leibwäsche aus den Lazaretten kaufte. Diese Stücke sind von durchaus guter Beschaffenheit und erfüllen nach jeder Richtung den Zweck, zu dem sie gebraucht werden.

Wie aber immer diese Dinge liegen, eine Beunruhigung über eine Wäschekalamität der Berliner Krankenhäuser braucht, wie bereits betont, im Publikum keinesfalls Platz greifen.

Immer sparsam.

Heute bekam ich einen Brief vom Magistrat. Mir fiel das raue Papier des Umschlages auf. Bei näherer Betrachtung zeigte es sich, daß der Umschlag sein säuberlich gemendet war. Zuerst freute ich mich über die Sparsamkeit der Behörde, aber dann stellten sich folgende Erwägungen ein: Der Brief muß im Magistrat vorzüglich geöffnet, statt aufgeschlitten werden. Zeitverlust eine Minute. Dann muß er an den Klebefalzen aufgemacht, umgefaltet, mit Klebstoff beschmiert werden. Die geklebten Stellen müssen noch nachgepreßt werden — alles kein Säuberlich. Zeit mindestens 4 Minuten. Zusammen fünf Minuten oder 12 Umschläge pro Stunde. Nehmen wir eine Entlohnung von nur 120 M. pro Stunde an, so kostet jeder so hergestellte Umschlag 10 M. Völlig richtig wird der Beamte bei besonderer Geschicklichkeit und andauernder Arbeit den Umschlag auf 5 oder 6 M. herunterbringen. Dabei ist aber weder der Klebstoff eingerechnet noch der Ertrag, den der Magistrat für das alte Papier bekommen würde, wenn er neue, billigere Umschläge nehmen und die Beamten zweckmäßiger beschäftigen würde. Ist diese Berechnung noch nie einem Beamten eingefallen? Oder wird diese Beistätigung zur Ausfüllung der Wuchstenden ausgeübt. Damit sie recht reichlich bemessen sind, ist ja die Sprechzeit des Magistrats für das Publikum nur auf einige Tage in der Woche und auch da auf wenige Stunden zusammengedrängt worden, damit das Publikum sich recht schön anstellen und sich in Geduld üben kann. Ich will nämlich verraten, daß der Brief ausgerechnet vom Wohnungssamt kommt.

Die Verkehrsänderungen der Straßenbahn.

Auf Grund der weiteren Nachprüfung über die Wirtschaftlichkeit der Straßenbahnlinien sollen, wie bereits gemeldet, mehrere Linien, die wenig benutzt werden, zusammengelegt werden. So wird die Linie 83 (Behrenstraße—Cöpenick) mit der Linie 87 (Steglich—Schlesische Brücke) vereinigt unter der neuen Bezeichnung 187 Steglich—Cöpenick. Hierdurch wird neben einer wesentlichen Ersparnis durchgehend ein 15-Minutenverkehr gegenüber dem jetzigen 20-Minutenbetrieb hergestellt. Die Linie 84, die gegenwärtig von

Trentow-Spreeetunnel nach dem Alexanderplatz in Abständen von 20 Minuten verkehrt und parallel zur Stadtbahn läuft, soll in Zukunft in 20-Minutenabstand über den Kolonnenmarkt, Spittelmarkt nach der Französischen Straße Ecke Behrenstraße geführt werden. Durch die Maßnahme erhält Stralau auch die längst angestrebte Verbindung nach dem Stadtkern. — Die Linie 16 (Trentow—Französische Straße) soll mit der Linie N (Charlottenburg—Dorotheenstraße—Lindentunnel) vereinigt werden, wodurch ebenfalls mit einer Steigerung des Verkehrs gerechnet wird. — Endlich ist die Linie 85 (Bahnhof Friedrichshagen—Müggelsee) zur Vereinigung mit der Linie 184 (Friedrichshagen—Cöpenick—Müggelsee) vorgezogen. — Die bereits mitgeteilten Einschränkungen des Betriebes beziehen sich auf eine Reihe von Linien, die abends außerordentlich schwach besetzt sind und die durch andere Linien ergänzt werden. So sollen u. a. die letzten Züge auf den Linien 27, 46, 61, 168 nach Geschäftsschluß (gegen 8 Uhr) eingestellt werden. Bei den Linien, die durch den Tiergarten fahren und daher unwirtschaftlich sind, soll nach 8 Uhr abends statt des jetzigen 15-Minutenabstandes ein 20-Minutenverkehr aufrechterhalten werden. Ferner werden während der Wintermonate die Linien 24, 60, 80 und 89, die mit Rücksicht auf den Ausflugsverkehr während des Sommers verlängert worden waren, nach ihren früheren Endpunkten zurückverlegt. — Endlich ist vorläufig noch die Einstellung vorgezogen auf der Linie S in Spandau, deren Verkehrsbeziehung durch die Linien P und R hergestellt wird, und schließlich die jetzige Einschleife 34, die im wesentlichen durch die Verlängerung der Linie 43E ersetzt werden soll.

Rektor und Pfarrer.

Gegen den Berliner Gemeindeforschulrektor Treder, der die 295. Gemeindeforschule (Legeler Straße) leitet, wird von Lehrern dieser Schule behauptet, daß er die amilich von der Schuldeputation ausgegebenen und von den Eltern ausgefertigten Erklärungen zur Sammelschule für vom Religionsunterricht befreite Kinder (Weltliche Schule) dem Führer der Evangelischen Elternbünde Wedding, dem Pfarrer Strudmeier, in der Dienstzeit vormittags durch einen Knaben der Schule zur Information in die Wohnung geschickt habe. Unzweifelhaft ist es für den Herrn Pfarrer durchaus wünschenswert, zu erfahren, welche Kinder dem Einfluß der Kirche entzogen werden, damit alle Anstrengungen gemacht werden können, die Verirrten wieder auf den „Weg zur Tugend“ zu führen. Wie aber verlautet,

fol Pfarrer Strudmeier beim Provinzialschulkollegium, das von Lehrern auf Grund ihrer Beobachtungen pflichtgemäß in Kenntnis gesetzt wurde, die Erklärung abgegeben haben, daß der ihm von Rektor Treder ins Haus geschickte Knabe vielleicht irgend einen privaten Auftrag ausgeführt, aber nicht ihm amtliches Material zugetragen habe. Das Provinzialschulkollegium hat bei der Untersuchung außer Pfarrer Strudmeier auch den beschuldigten Rektor Treder vernommen, aber nicht einen der namhaft gemachten Zeugen aus dem Lehrerkollegium verantwortlich gehört, und es hat die Angaben des Pfarrers und des Rektors als ausreichend angesehen. Inzwischen ist der dem Lehrerkollegium angehörende ständige Vertreter, der sich um die Aufhellung der Angelegenheit bemüht hatte, plötzlich an eine andere Schule versetzt worden. Rektor Treder ist eifriges Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. Warum das Provinzialschulkollegium nicht auch die Lehrer vernommen hat, ist uns unerfindlich.

Kohlenbeschlagnahme.

Alte Kohle zum neuen Preise.

Allen Warnungen der Aufsichtsbehörden zum Trotz ist es bei dem Inkrafttreten der 50prozentigen Kohlenpreiserhöhung wieder in einer ganzen Reihe von Fällen vorgekommen, daß Kohlenhändler die zu den alten Preisen bezogenen Kohlen nicht restlos an die Verbraucher abgegeben haben, um bei Inkrafttreten der neuen Preise höhere Gewinne herauszuschlagen. Besonders in Schöneberg und Charlottenburg, vereinzelt auch in den übrigen Stadtteilen wurde von den Aufsichtsbehörden auf Grund eingelaufener Anzeigen das Vorhandensein älterer Kohlenbestände festgestellt, die sofort beschlagnahmt und unter Aufsicht der Polizei zum alten Preis verkauft wurden. Im ganzen wurde in über 200 Fällen eingeschritten, an verschiedenen Stellen mußten die Kesselröhren in Abwesenheit der Besitzer gezwungen geöffnet werden. Besonders große Kohlenlager auf einzelnen Plätzen wurden vom Kohlenamt kurzerhand an einige hundert Kleinhändler verteilt. Manche Händler haben in den letzten Tagen in Erwartung des höheren Gewinns die ankommenden Waggons auf den Bahnhöfen stehen gelassen und wollten erst jetzt zur Entladung schreiten. Auch hier wurde überall, wo aus den Frachtbriefen feststellbar werden konnte, daß der betreffende Wagen bereits vor dem 16. d. M., dem Tage der Kohlenpreiserhöhung auf den Jaden, das betreffende Kohlenrevier verlassen hatte, die Kohle beschlagnahmt und zwangsweise zum alten Preise verkauft. In allen Fällen ist gegen die betreffenden Händler ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Der Räubertwirt.

Vor kurzem berichteten wir von dem seltsamen Treiben des Gastwirts Kreiskamer, der in der Nähe von Havelhausen an der Berlin-Dranienburger Chaussee in seinem Anwesen einen Händler völlig ausgeraubt auf die Straße geworfen hatte.

Dieser Vorgang hatte ein Ermittlungsverfahren wegen räuberischer Erpressung gegen K. zur Folge. Im Laufe des Verfahrens meldeten sich bei der Polizei mehrere Kunden mit der Behauptung, daß K. sie durch Zufall irgendwelcher Betäubungsmittel zu dem Schnaps in einen bemußlosen Zustand versetzt und dann bestohlen habe. Die Folge war ein zweites Strafverfahren wegen Diebstahls. Nachdem die Sache schon einmal das Schöffengericht Dranienburg beschäftigt hatte, wurde sie nun vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III erneut verhandelt. Der Anwalt hatte gegen das erste Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt, weil damals noch nicht bekanntgeworden war, daß der Angeklagte sich bereits im strafverschärfenden Rückfall befand. Der Strafregulierung aus dem an Polen gefallenen Thron, woher der Angeklagte stammte, war damals noch nicht eingegangen, und der Angeklagte hatte vor dem Schöffengericht bestritten, verbestraft zu sein. In der Verhandlung wurden 20 Zeugen vernommen, die die Behauptung der Anklage, daß es sich um einen recht eigenartigen „wundermilden Wirt“ gehandelt habe, bestätigten. In einigen Fällen des Betrugs erfolgte die Freisprechung. Bezüglich der übrigen ziemlich schwerwiegenden Fälle erkannte die Strafkammer auf 1 1/2 Jahre Gefängnis, wobei der Vorsitzende besonders betonte, daß das Gericht lange geschwankt habe, ob es den Angeklagten wegen die er höchst verbrecherischen Taten nicht ins Zuchthaus schicken solle.

Für die Witwe Dummer sind noch nachträglich eingegangen: Auf dem Stiftungsfest der Kolonie „Edelmut“-Bank von A. H. 500 M. Ungenannt 200 M. Ein Quartett 400 M. Bisher quittierte 90 410,70 M. Insgesamt 91 510,70 M.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Vidi Baum.

Sie meinte noch, sie zuckte nur mit den nackten, nassen Schultern und begann schon zu lächeln. Er sah ihre breiten, grausamen, gesunden Zähne und erschrak im tiefsten. „Nicht reden!“ rief er. „Nicht. Ich frage nicht. Du sollst nicht sagen, wo du warst. Liebst du mich, Isabell?“ Sie lächelte stumm und tiefer. „Ich küsse deinen Saum, Isabell, sieh her, ich küsse ihn. Ich küsse deine Fußspuren, woher sie auch kommen mögen. Hörst du, Isabell, ich küsse sie, woher sie kommen mögen. Sieh nur: deine Sohlen sind schmutzig, wo bist du gegangen, daß deine Sohlen so schmutzig sind, Isabell? Nein, ich frage nicht, sieh, ich küsse deine fetigen Sohlen, Isabell.“ Es warf ihn vor ihre Füße, er hob die beschmutzten Sohlen an seine Lippen, sie waren wie kleine lebendige Tiere in seiner Hand, die heftig zu zittern begann. Isabell schaute mit einem sonderbaren Ausdruck auf ihn hinunter, ihre glatten, runden Nasenflügel gerieten in Bewegung, sie schob ihn mit einer kurzen Bewegung ihrer schmutzigen Füße beiseite und murmelte: „Die Sohlen nicht. Den Mund.“ Da stürzte er an sie hin und gab ihr seinen Mund. Sünde, dachte er, als er bewußlos wurde in ihrem Kuß. Sünde. Sünde. Ohnmächtig fiel er von Dunkelheit zu Dunkelheit und Dunkelheit.

Locherer Staub, aufgetrieben und zur Wolke sich ballend, rollt eilig wegein. Hupentöne reißt in die Paradiesesstille von Wiese und Feld. Die auf den Kartoffelfeldern heben sich vom Boden auf und breiten die Hände vor die Augen, spähend nach dem vergessenen Geräusch einer früheren Welt. Ein Auto jagt von der Grenze her und schreit Wärme über den Weg. Ein ensetztes und ratloses Schwein tragt die Straße entlang und liegt nachher dort als zerlegtes Bündel. Das Auto reißt sich in Kurven ostwärts zur Stadt.

In dem Auto sitzt Bernward. Bernward trägt einen Ledermantel. Bernward trägt Handschuhe auf seinen reinlichen, gepflegten Händen. Bernward lacht mit seinem ganzen hübschen, eissen Gesicht. Bernward schleppt Koffer aus dem Auto, mehrere große, schwere und elegante Koffer, die er ver-

steckt und unter Schloß und Riegel hält. Das Auto jagt wieder zur Grenze, stört alles Land umher auf, kommt zurück, beladen, fährt hin und her, schleppt Dinge aus dem Land, bringt Dinge in das Land. Bernward fährt in die Stadt und stapelt Kisten in seinem Hause auf. Bernward wohnt in der Stadt in einem Haus, das einmal Anselmus gehörte.

Die Stadt war tot und lebte dennoch. Hunderttausend hatten sich ihr entwunden, bauten Hütten um den See, pflügten, eggten, säten. Aßen Brei aus selbstgedrehten Lonschüssen. Schließen in selbstgezimmernten Betten. Kleideten sich in selbstgewebte Stoffe. Hunderttausend lebten glücklich, dicht an das Herz der Erde gelagert. Dennoch lebte auch die Stadt noch. Wieviele dort zurückgeblieben waren, in den Schlupflöchern der zerstörten Häuser, in Kellern, verfallenden Magazinen: es war nicht zu zählen. Bei Tag sah man wenige von ihnen. An den Tagen der staatlichen Aufteilung alles Notwendigen erschienen sie von Monat zu Monat. Dann verkrochen sie sich wieder, hockten auf den Trümmern ihrer zerstörten Zivilisation und wußten sich nicht zu erneuern. Aus dem Korn, das jedem zur Ausaat geliefert wurde, brannten sie heimlich den Brantwein, den das Gesetz verbot. . . .

Manchmal erschien Egidius zwischen ihnen, half als Bruder, predigte auch aus dem ewigen Buch. Aber sie lachten hinter ihm her oder sie schwiegen und schickten ihm ihre stumpfen, ungläubenden, unsehenden Blicke nach. Gern lagen sie an der Böschung des Flusses, starrten in das ziehende Wasser. Ihre Hände mit den verstümmelten blauen Fingern lagen da wie trante Soldaten. Sonne kam und deckte sie zu; Gräser wuchsen auch um sie empor und Rücken tanzten hochzeitlich über ihnen in die Luft. Das waren die in der Stadt. Da nur jene vom Staat befreit wurden, die etwas leisteten oder die etwas liefern konnten, meldeten sie sich zum freiwilligen Dienst in der Fabrik. Dort war es noch wie vorher. . . .

Die Fabrik stand am Nordrand der Stadt, überdacht von einer Wolke aus Kohlenruß. An jedem Schornstein hing eine schwarze Rauchfahne wagrecht in die Luft und drehte sich mit dem Winde. Die Hölle waren schwarz. Das Brot in der Kantine schmeckte nach Kohlendunst und Leuchtgasen. Abwässer quollen regenbogenfarben in den Fluß hinaus. Turbinen arbeiteten schütternd; Kolbengestampfe, Schwung ungeheurer Räder, Schrei von Stahl und Maschinen rüttelte Tag und

Nacht an den Mauern. In hellen Sälen kochten Retorten. Atome wurden zertrümmert, unter der Lupe geschahen die Katastrophen kleinster Welten, irgendwo stand Börries, fing ihre Kraft auf, band sie geheimnisvoll gesammelt zu mächtigeren Entladungen. Reflektoren tobten nachts mit weißem Licht durch das Laboratorium. Strahlen spalteten sich in blau und rot und grün, durch seltsame Verbindungen geheimnisvoller Metalle geleitet. Unter ungeheurem Druck wurde flüssiges zum Kristall gepreßt. Antennen ragten vom flachen Turndach und fingen mit langen Armen Kräfte aus der Luft. Winzig waren die Menschen inzwischen, taub vom Lärm, blind vom Dunst, stumpf vom Sinnergleichen, verstümmelt vom Griff der toten, unführenden Maschinen. Anselmus träumte manchmal von der Fabrik und stöhnte im Schlaf. Immer stand sie am Horizont, Tags ein schwarzes Loch in die belle Luft reichend, nachts weiß aufgerichtet mit hohen, starrenden, nie schlafenden Fenstern.

Die Fabrik mußte arbeiten. Sie schaffte Dünger. Sie schaffte Arzneien. Sie würde einmal noch Wichtigeres schaffen müssen. Das Land war arm, es gab kein Salz. Es gab kein Holz. Längst waren die Balken der toten Stadt verbraucht für Hütten und einfaches Gerät. Sie hatten Bäume gepflanzt um jede Hütte und Wälder an die Hügelhänge. Die Bäume gingen den Kindern bis an die Schultern. Die Wälder waren so hoch wie Brombeergesträuch. Manchmal träumte Anselmus von einem Wunder, das Pflanzen zum Aufschließen brächte. Börries, der Erfinder, lächelte dazu, grübelnd und ungeduldig, mit einem Mund, der wie ein Schnitt durch sein kantiges Gesicht lief. . . .

Bernwards elegantes Auto fuhr bei der Fabrik vor. Er verhandelte mit Börries allein, hernach wurde Anselmus geholt und Cornel, die kleine Kameradin. Ein Staatsrat wurde abgeholt. Bernward leckte seine roten, immer glänzenden Lippen ab und verbiß Salz. Anselmus gab mit abgewendetem Gesicht eine Zustimmung, die irgend etwas in ihm zerstückte. Die Welt draußen, die alte, nicht erneuerte Welt griff in sein Paradies. Bernward segelte hupenblaufend zur Grenze, er trug einen schwarzen, feierlichen Rock, als er zurückkam, und ein Ordensband, das antiluvialen Wert hatte. Die Fabrik übernahm die Lieferung von Maschinen zur Erzeugung gewisser heilkräftiger Strahlen, für die Welt draußen. Die Welt draußen kaufte und bezahlte.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Stickstoff für Getreide.

Im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, der am letzten Freitag nach mehrjähriger Unterbrechung wieder eine Versammlung abhielt, sprach in der Diskussion der preussische Handelsminister Eisinger davon, daß die preussische Regierung wichtige Vorschläge zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion vorbereitet. Wie dem S.-P.-Dienst mitgeteilt wird, besteht einer dieser Vorschläge in einem Antrag Preußens an den Reichsrat, die Erhöhung des zweiten und dritten Drittels des Umlagegetreides den Landwirten statt in Bargeld in Form von Stickstoff-Gutscheinen zu zahlen.

Dazu erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Zur Hebung der Produktion ist es bekanntlich besser, der Landwirtschaft Gutscheine auf den Bezug von Stickstoff oder Chilesalpeter auszustellen, als ihr Geld zu geben. Hierbei spielt die Frage, ob in- oder ausländischer Stickstoff zu liefern sei, zunächst grundsätzlich keine Rolle. Selbstverständlich ist es besser, wenn inländischer Stickstoff geliefert werden kann, da die Einfuhr ausländischer Stoffe infolge der niedrigen deutschen Saluta gewaltige Kosten macht. Preußen hat diesen Vorschlag schon seit 2 Jahren unablässig vertreten, die Interessentenverbände aus allen möglichen Lagern waren jedoch bisher zu groß, um die preussische Auffassung durchzubringen. Es ist wichtiger, wenn wir die hohen Ausgaben für die Hebung der Landwirtschaft machen, daß man Stickstoff einführt als Getreide, da diese indirekte Einwirkung mehr produktionsfördernd wirkt als Getreideeinkäufe selbst. Wir gehen in der Annahme nicht fehl, daß die hier vertretene Auffassung sich mit dem Standpunkt des preussischen Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun deckt, der die gleichen Ansichten schon in seiner früheren Tätigkeit als preussischer Landwirtschaftsminister vertrat.

Nach dem dem Reichsrat vorgelegten preussischen Entwurf eines Gesetzes betreffend die Lieferung von Chilesalpeter für abgeliefertes Getreide im Wirtschaftsjahr 1922/23, der mit den Verhältnissen vom 2. Oktober rechnet, sollten pro Zentner Getreide 20 Kilogramm Chilesalpeter geliefert werden. In dem § 2 des preussischen Antrages heißt es:

„Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die von ihrem Bezugsrecht Gebrauch machen, erhalten außer dem gesetzlich bestimmten Umlagepreis für jeden abgelieferten Doppelzentner Getreide 40 Kilogramm Chilesalpeter.“

Die Interessentenvertretungen der Landwirte hatten für den Zentner Roggen 90 Pfund Chilesalpeter gefordert. Das ist mehr als der Weltmarktpreis, den der amerikanische Farmer erhält. Der gesetzlich bestimmte Umlagepreis betrug damals pro Doppelzentner Roggen 690 M. Der Zentner Roggen sollte also gemäß dem preussischen Vorschlag mit 345 M. plus 20 Kilogramm Chilesalpeter bezahlt werden. In der Zwischenzeit haben sich die Preisverhältnisse allerdings wesentlich geändert.

Der Bedarf an einzuführendem Salpeter wurde damals auf etwa 1 Million Tonnen beziffert.

Die Steigerung der Kohlenförderung an der Ruhr.

Zangsam, aber stetig nimmt infolge der Ueberflachten im Ruhrbergbau die Kohlenförderung zu. Sie betrug auf den Breiten des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Becken)

		Gesamt- förderung:	Zahl Arbeits-tage:	arbeitstäg- l. Förderung:
Oktober	1922	8 827 126 t	26	339 505 t
September	1922	8 265 688 t	26	317 911 t
Oktober	1921	8 047 863 t	26	309 514 t
Oktober	1918	6 895 090 t	27	255 484 t

Im Monat Oktober 1922 wurden 561438 Tonnen mehr gefördert als im September 1922 bei gleicher Zahl der Arbeitstage. Die arbeitstägliche Förderung stellte sich im Berichtsmontat 21 504

Tonnen höher als im September 1922. Die Mehrförderung ist auf die stärkere Beteiligung an der Ueberarbeit zurückzuführen. Die geringe Vermehrung der Belegschaft um etwas mehr als 1 Proz. hat jedenfalls wenig dazu beigetragen.

Die Koks herstellung des Ruhrgebietes betrug im Oktober d. J. 2 220 628 Tonnen, oder täglich 71 633 Tonnen, gegen 2 128 828 Tonnen, oder täglich 70 944 Tonnen im September 1922. An Bricketts wurden hergestellt 400 200 Tonnen (arbeitstäglich 15 896 Tonnen), gegen 418 282 Tonnen (arbeitstäglich 15 895 Tonnen) im September 1922.

Post-Abonnenten

Der „Vorwärts“ kann bei der Post auch monatlich bestellt und bezahlt werden. Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für den kommenden Monat bei dem zuständigen Postamt sofort zu erneuern.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Industriestragen in Wilhelmshaven.

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: Die starke Reduzierung der Marine hat es mit sich gebracht, daß auf der hiesigen Reichswerft auch eine Verringerung der Arbeitsgelegenheit eintreten mußte. Indes war das nur vorübergehend. Die Zuteilung der ehemaligen Torpedowerkstätten zum Konzern der Deutschen Werke hatte bald einen nennenswerten Aufschwung dieses Betriebes zur Folge, und wie wir erfahren, ist das Deutschwerft Wilhelmshaven-Rüstringen gegenwärtig auf längere Zeit hinaus mit lohnenden Aufträgen versehen. In Betracht kommt insbesondere der Bau von Fisch- und Handelsdampfern, von Eisenbahnwagen und industriellen und landwirtschaftlichen Maschinen. Außer dem Reichswerft sind es weiter eine ganze Reihe Abwrackbetriebe, die sich hier nach und nach aufgetan haben und die hauptsächlich alte Kriegsfahrzeuge des In- und Auslandes ankaufen und zu Kleinmaterial verschrotten. Auf diesem Gebiet hat Wilhelmshaven sich eine recht beachtliche Stellung verschafft. Ungezählte Waggons mit Schrottmaterial rollen von hier aus ins Binnenland. Begründer ist die Blüte dieses Wirtschaftszweiges in den Hafenstädten durch die Möglichkeit der Hafenausnutzung. Das Hafengelände mit seinen verschiedenen technischen Einrichtungen gebot geradezu eine solche Ausnutzung. Ebenso wurden die verschiedenen, früher Marinezwecken dienenden Docks nutzbar gemacht. Ein solcher Tank bietet Raum für rund 10 000 Tonnen Öl. Die Tanks wurden durch die Kaufmännische Petroleum-Gesellschaft gepachtet, die hier einen großen Umschlagplatz für Öl eingerichtet hat. Welche Bedeutung hierin liegt, verrät die Tatsache, daß ein einziger amerikanischer Dampfer

in diesen Tagen für zwei Millionen Mark Öl hierher brachte. Von Wilhelmshaven aus wird das Öl oder Petroleum ins deutsche Binnenland oder auf dem Seewege nach Rußland verfrachtet. Der größte Teil der Arbeiterschaft ist indes auf der Marinewerft tätig. Natürlich dient auch diese nur zu einem Teil den Marine-Reparaturzwecken, auch hier wird für die Privatindustrie gearbeitet. Trotz all dieser Industrien und gewerblichen Betriebe liegt noch ein großer Teil des Hafengeländes frei, und zwar deshalb, weil die Reichsbehörden auf diesem Teil noch immer ihre Hand liegen haben. Alle Versuche der beiden Städte, das Reich zum Freigeben dieser Anlagen für Industriezwecke zu bestimmen, sind bisher fruchtlos geblieben. Aus diesem Grunde sollte in diesen Tagen eine Umbildung des Reichskabinetts die Dinge an Ort und Stelle studieren; durch die Umbildung des Reichskabinetts ist dieser Versuch vorläufig hinausgeschoben worden.

Maßnahmen gegen den Butterverkauf. Die zurzeit herrschende Mißnot ist in der Hauptsache eine Folge der starken Verarbeitung der Milch zu Butter; tatsächlich ist in letzter Zeit auch die Nachfrage nach Zentrifugen gewaltig in die Höhe gegangen, andererseits hat der Butterverkauf durch Händler auf dem Lande überhand genommen. Um nun wenigstens diesen schädigenden Butterverkauf und die dadurch bedingte übertriebene Verbutterung einzuschränken, bereitet, wie die B. P. R. hören, das Reichsernährungsministerium eine Verordnung vor, die die Verkaufsgenehmigung für Butter einschränkt und verschärft.

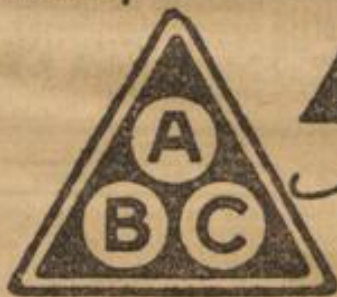
Neuer Notenaufschlag. Geradezu ungeheuerlich nimmt in letzter Zeit der Notenaufschlag zu. In der zweiten Woche des November, die am 15. abließ, wurden allein 65,1 Milliarden Mark neue Banknoten in den Verkehr gegeben, so daß sich der Notenaufschlag auf 582 Milliarden Mark erhöhte. Ebenso scharf wie der Notenaufschlag nahmen auch die Ansprüche von Krediten zu. Die Reichsbank diskontierte für 49 Milliarden Mark Handelswechsel, so daß ihr Bestand an diesen Wertpapieren auf 175 Milliarden anstieg. Auch Lombardkredite wurden neuerdings stark verlangt. Davon wurden neuerteilt für 11,4 Milliarden Mark, wodurch sich dieser Posten auf 15,5 Milliarden Mark erhöhte.

Währungsrisiken überall. Allgemein läßt sich beobachten, wie die Beförderung der Währung solcher Länder, die vorher unter einem Sturz ihres Geldes gelitten haben, zu schweren Markt- und Produktionserschütterungen führt. So war es in der Tschechoslowakei, so ist es schon jetzt in Deutsch-Oesterreich, wo eine bisher ungelassene Arbeitslosigkeit eingetreten ist, so ist es neuerdings in Jugoslawien. Darüber wird berichtet: Der Aufstieg des Dinars hat einen außerordentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Handelsverhältnisse am jugoslawischen Marke. Das Handelsleben ist am toten Punkt angelangt. Der Großhandel hat aufgespeicherte Lager und gar keinen Absatz. Die inländischen Kaufleute begeben sich nicht mehr in die Handelszentren, da sie einen weiteren Anstieg des Dinars erhoffen und einen höheren Preisrückgang erwarten. Inzwischen gehen die Preise rapid herab. Während der letzten zwei Monate beträgt ihr Rückgang 30 bis 75 Proz. in gewissen Fällen auch darüber. So kostete z. B. anfangs September 1 Kilogramm Kaffee 37 Dinars, heute 26, Reis früher 11 Dinars, jetzt 8, Tafelöl früher 30, jetzt 20, Tafelglas ist von 80 auf 40—50 Dinars gesunken, Eisen von 5,50 auf 4—4,20. Die Eisenpreise halten sich aber immer noch hoch genug, da beinahe der ganze Bedarf durch die einheimische Produktion gedeckt wird und sämtliche Produzenten kartelliert sind und ständig gegen den Preisrückgang kämpfen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurztabelle sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 flerr. Kronen 9,82 Geld, 0,88 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 104,73 Geld, 105,27 Brief; 100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 42,50 M.

Wetter bis Mittwoch mittag. Zunächst kühler und vielwolkeiger, später zunehmende Bewölkung sowie neue Erwärmmung mit geringen Niederschlägen bei mäßigen nördlichen bis nordwestlichen Winden.

IVO RUHONNY



BATSCHARI

handgemachte CIGARETTEN

bringt in höchster Vollendung.

Theater, Lichtspiele usw.

Spernhaus
7 Uhr:
Carmen

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Napoleon

Deutsch. Theat.
7 1/2 Uhr: König
Richard II.
(Alexander Moissi)
Mi. 7 1/2 Uhr: Der lebende
Leichnam
(Alexander Moissi)

Kammerspiele
6 Uhr: Timothea
in flagranti
Mi. 7 Uhr: Kabale
und Liebe

Gr. Schauspielth.
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Luther
(Die Nachbarn v.
Wittenberg)
Mi. 7 1/2 Uhr: Luther
(Die Nachbarn v.
Wittenberg)

Residenz-Th.
Heute abend 8 Uhr:
Gastspiel
Richard Alexander
in
Schlafwagen-
kontrollen

Kleines Th.
Heute 8 Uhr: Die
Unmoralischen
Lustspiel
von Lothar Schmidt
Luis Tiek, Otto Link,
Falkenberg, Schen-
Der

THEATER I. d. KÖNIG GRÄTZER STRASSE

8. Kapellm. Kreisler
Budd. West. Gnd. Ineile
Mi. Jüdin v. Toledo
Fr. West. Gnd. Ineile
Sonnab. z. 1. Male:
Der prachtvollste
Hahnrei
Tragische Posse
v. F. Crommeynck
Weda Orla, 2te. Gndler,
Joh. Roman, Frieda Robert,
Wendeb., Holt, Fink, Blap

Kombidienhaus
7.30 Uhr
Die Erwachsenen

Berliner Th.
Heute gelangt die
grandiose Operette
Madame
Pompadour
von Schaner und
Weisch. Musik von
Leo Fall, mit Fritz
Massary u. G. Rö-
beris, Koper, Haasel,
Hörl, Holstein, Jün-
ger u. Muth bereits
zum 18. Male zur
Aufführung. Die
bisherigen Vorstellun-
gen fanden sämt-
lich bei ausver-
kauften Häusern
statt.
(Botschaft) Einma-
les Gastspiel des
Theaters i. d. Köni-
grätzer Str. Die
Jüdin von Toledo
mit Maria Orska
(Ernst Deutsch)

Internat. Varieté
Bühnag geschlossen

BTL
Potsdamer Str. 47
Der Liebesroman
d. Cesare Ubaldi
Turmstr. 12
Die Tochter
Napoleons
mit Lya Mara

URANIA
Faubenstr. 8 Uhr
Gen. d. Kav. Dr. Li-
man v. Sanders
Der heutige Frei-
heitskampf der
Türkei
Invalidenstr. 8 Uhr:
In den Bergen
Tirols

WINTERTHEAT
Varieté-
Spielplan
Rauchen gestattet!

Circus Busch

Tel. 71. 1/2. 11. ab 7 Uhr
Das Ereignis für
die Manege
Die Nibelungen
z. 1. Male
z. 2. Male
Morgen Bußtag
8 U. f. 8 U.
Die Nibelungen
Virt. Werth. u. Clow.

Theat. a. Moritzp.
Moritzplatz 10077
jeden Abend 7 1/2 U.
und Sonnt.
nachm.
3 Uhr
**ELITE-
Sänger**
Volks-
preise!
Vorvkt. 11-11/2 u. 4-6

Reichshallen-Th.
Allabendl. 7 1/2 Uhr
Sonnab. nachm. 3 U.
halbe Preise
STETTNER
Säng.
Reichshof-
Brett 7
11/2 u. 4-6

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

Der Blaue Vogel
Goltzstraße 9
Nollendorf 1013
Allabendlich 8 1/2 Uhr: Das neue
dritte Programm. Vorverkauf bei
Wertheim, an all. Theatern. u. an der
Kasse d. Th. v. 11—2 u. ab 6 Uhr abends

Komische Oper

(7 1/2) Dir.: James Klein (7 1/2)
Die große internationale
Revue in 25 Bildern:
**Europa
spricht
davon!!**
Der Publikumsschlag in Deutschland
**6 Pracht-Ballette !!
200 Mitwirkende !!**
Mister Jackson v. Alhambra-
Theater in London mit seinem
engl. Girls sowie die ersten
Bühnen- und Filmdarsteller

Bußtag 7 1/2 Meister-Aufführ.
Der gute Ruf
Schauspiel in 4 Akten
von Herrn. Sudermann
— Gastspiel —
Iris Wist, Lia Eibenschütz, Toni Tet-
laff, A. Kautner, H. Fink, F. Schönfeld
Vorverkauf an der Theaterkasse ausverkauft

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

ADMIRALS-PALAST
Rauchen
gestattet
7 30
Friedrichs-
Restaurant auf
allen Plätzen
7 30

Regelmässige Verbindung

von Bremen über Southampton,
Cherbourg nach New York durch
die prachtvollen amerikanischen
Regierungsdampfer der United
States Lines

NÄCHSTE ABFAHRTEN:
America.....29. Nov. 3. Jan.
President Roosevelt...30. Nov. 6. Jan.
President Harding... 9. Dez. 17. Jan.
George Washington...13. Dez. 21. Feb.
Southampton u. Cherbourg 1 Tag später

Verlangen Sie Prospekte
und Segellisten Nr. 83

UNITED STATES LINES

Berlin W 8, Unter den Linden 1
und alle bedeutenden Reisebüreaus
General-Vertretung
Norddeutscher Lloyd, Bremen

Juwelen-Ankauf
Gold-, Silbergegenstände z. höchsten Auslandskurs
**Köthener Str. 20, parl. am Potsdamer
Platz**
Geföhnet von 9—4 Uhr

Seehundjacken, Kreuz-, Silber-,
Zobel-, Fische-
zu wirklich billigen Preisen.
J. Jägermann, Prinzessinnenstr. 14, Ecke Oranienstraße,
am Moritzplatz. — Telephon: Moritzplatz 157 05.

Seehundjacken, Kreuz-, Silber-,
Zobel-, Fische-
zu wirklich billigen Preisen.
J. Jägermann, Prinzessinnenstr. 14, Ecke Oranienstraße,
am Moritzplatz. — Telephon: Moritzplatz 157 05.

Seehundjacken, Kreuz-, Silber-,
Zobel-, Fische-
zu wirklich billigen Preisen.
J. Jägermann, Prinzessinnenstr. 14, Ecke Oranienstraße,
am Moritzplatz. — Telephon: Moritzplatz 157 05.

Seehundjacken, Kreuz-, Silber-,
Zobel-, Fische-
zu wirklich billigen Preisen.
J. Jägermann, Prinzessinnenstr. 14, Ecke Oranienstraße,
am Moritzplatz. — Telephon: Moritzplatz 157 05.

Seehundjacken, Kreuz-, Silber-,
Zobel-, Fische-
zu wirklich billigen Preisen.
J. Jägermann, Prinzessinnenstr. 14, Ecke Oranienstraße,
am Moritzplatz. — Telephon: Moritzplatz 157 05.

Seehundjacken, Kreuz-, Silber-,
Zobel-, Fische-
zu wirklich billigen Preisen.
J. Jägermann, Prinzessinnenstr. 14, Ecke Oranienstraße,
am Moritzplatz. — Telephon: Moritzplatz 157 05.

Wiking-Palast

(Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater) / Chausseestr. 30
Ab Donnerstag, den 28. November
Das große Eröffnungsprogramm
„Kikeriki...!!“
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Wiking-Palast
Operettenrevue in 1 Akt
von AUG. NEUDHARDT
Musik von HUGO HIRSCH
mit
Maria Zelnka, Ida Vané, Herb. Paulmüller
Regie: Curt v. Möllendorf
MARIE ANTOINETTE
Der große Ila-Film
In der Hauptrolle:
Diana Karenne
NEUE TÄNZE
von
Hans Gérard und Anna Medwedewa
Jonny's Original-Jazz-Band
6^{u.} 9 Uhr Geschlossene
Vorstellungen

Theater, Lichtspiele usw. auch folgende Seite!

